

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentüpfereien und Glasereten, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und Arbeiter im Straßenbau, Flößerer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 5000/7650, 7651, 6240. Postfach 65232.

Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Postfach Baumgartenstr. 3, Berlin. Geschäftsanzeigen nach Carl durch „Berba“, Berlin SW 11.

Ein offenes Wort an Herrn Dr. Brüning!

Nunmehr bestätigt uns mit Ihren Worten eine amtliche Stelle, nämlich das Statistische Reichsamt, was wir im vorigen Jahre sofort nach Erlass der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vorausgesehen hatten. Wir befürchteten damals, daß die Preise nicht in dem Maße gesunken wären, um die durch die Notverordnung bedingte Gehalts- und Lohnsenkung auszugleichen. Heute bestätigt das Statistische Reichsamt unsere damalige Auffassung. Es teilt mit, daß der Lebenshaltungszindex im Januar 1932 um nur 4,5% gesunken sei. In dem Reichszindex für Lebenshaltungskosten sind enthalten die Kosten für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstigen Bedarf“. Hierfür betrug die Indexziffer im Durchschnitt des Monats Januar 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember 1931. Das bedeutet einen Rückgang um nur 4,5%.

Aber auch an diesen 4,5% wäre allerlei auszusetzen. So ist der für die Arbeiterschaft wichtigste Faktor, die Ernährungsziffer, um nur 3,2% gesunken. Für die gleich wichtige Wohnungsmiete wird zwar die Senkung auf 7,7% berechnet, aber Laufende von Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen haben auf diesem Gebiete von einer Verbilligung absolut nichts verspürt. Hier hat man anscheinend ganz mechanisch jene Senkungsziffer eingeseht, die sich aus der Notverordnung unter normalen Verhältnissen bei $1 + 0,04 \times 12$ herausrechnen läßt. Neubauwohnungen hat der Reichszindex ja nicht auf der Rechnung. Für Heizung und Beleuchtung hat man ebenfalls 5,6% Senkung eingeseht, obwohl viele tausende Haushaltungen auch in dieser Beziehung keine oder eine weitaus geringere Erleichterung erfahren haben. Und bei der Bekleidung figurieren als Senkung 4%. Nur schade, daß trotz dieser Preisberabsetzung die meisten Arbeiter und Angestellten an die Anschaffung von Kleidung nicht denken können. Ein Anzug, der statt 100 M „nur“ noch 98 M kostet, bleibt für die Arbeiter nach wie vor unerreichlich.

Und nun — wie wird Ihnen, Herr Dr. Brüning? Feiertisch haben Sie am 12. Dezember 1931 erklärt, dem Lohnabbau müsse diesmal ein entsprechender Preisabbau gegenüberstehen. Sie versicherten damals schriftlich: Sie seien davon durchdrungen, daß eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen durch die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen würde. Erst nachdem durch Maßnahmen der verschiedenen Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise „sicher gestellt“ war, habe man sich zu einem erneuten Eingriff in die Löhne und Gehälter entschlossen. Und Sie schrieben wörtlich: „Die schicksalhafte Verbundenheit von Preisen und Löhnen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die die Wechselbeziehung zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, würde die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrecht erhalten werden kann.“

Mit der „Sicherstellung eines wesentlichen Abgleitens sämtlicher Preise“ war es nichts. Und nun ist die „neue Lage“ da, Herr Reichskanzler! Wieder ist die Kaufkraft des deutschen Volkes wesentlich zusammengeschrumpft. Bis zu 15% und noch mehr sind die Löhne und Gehälter gesenkt worden. Die Preisenkung ist demgegenüber — selbst wenn sie sich mit 4,5% voll auswirkte — geradezu verschwindend. Glauben Sie, daß Februar und März das noch

Fehlende nachholen werden? Gewiß, da und dort wird der Preis noch um einige Punkte gesenkt werden, da und dort dürfen aber auch die Preise wieder steigen, so daß schon jetzt mit Gewißheit behauptet werden kann, daß die Preisenkung seit dem 2. Januar — in ihrer Gesamtheit gesehen — die Lohnsenkungen bei weitem nicht ausgleichen wird!

Die Quittung für die weitere Einschränkung der Kaufkraft liegt bereits vor. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland hat die sechste Million erreicht. Die von Dr. Brüning vorausgesehenen „verhängnisvollsten Folgen“ sind da. Dagegen ist die „schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen“ ins Wasser gerutscht. Die „neue Lage“ ist geschaffen. Heraus aus der Reserve, Herr Reichskanzler! Stehen Sie zu Ihren Worten! Entweder setzen Sie in Verbindung mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung mit aller Energie eine weitere, mindestens ausgleichende Senkung der Preise durch, oder aber die „neue Lage“ zwingt Sie und Ihr Gewissen dazu, bei Ablauf der staatlich verordneten Löhne und Gehälter Lohn-erhöhungen zu verordnen!

Die Lage ist klar. Im Reichsdurchschnitt dürften seit dem 2. Januar 1932 alle Löhne und Gehälter um

10% gekürzt worden sein. Diese 10% wären das Minimum, um das nunmehr durchgängig auch die Preise gesenkt sein müssen. Sein müßten — denn der verordnete Gehalts- und Lohnabbau ist bereits seit Beginn des neuen Jahres in Kraft. Selbst wenn das Unwahrscheinliche Ereignis würde, wenn es gelänge, bis zum April die Preise allgemein um 10% zu senken, auch dann wäre die erneute Schrumpfung der Massenkaukraft nicht wieder ausgeglichen!

Wir leben im Zeitalter politischer Löhne. Herr Reichskanzler, stehen Sie zu Ihren Worten! Sorgen Sie dafür, daß die Kaufkraft der Massen nicht noch mehr herabgeschraubt wird! Treten Sie vielmehr mit aller Energie dafür ein, daß sich die allgemeine Kaufkraft bessert! Das gehört mit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Folgen Sie nicht mehr den verhängnisvollen Einflüsterungen sogenannter Wirtschaftsführer, folgen Sie vielmehr der Stimme der Vernunft, die zur Gesundung der Wirtschaft, mindestens zur Abmilderung der Krise eine andere Wege weist, als die nur auf ekle Profitsucht eingestellten und jeder Wirtschaftsvornunft hohnsprechenden Bestrebungen wirtschaftlicher Scharfmacher, gewissenloser Profitjäger und Bankrotteure!

Sorgen des Arbeitsministers wegen zu hoher Löhne.

In der Nummer 3 des Reichsarbeitsblattes gibt der Herr Reichsarbeitsminister folgenden Erlass an den Herrn Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bekannt:

„Festsetzung des Lohnes bei landwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten.“

Nach Mitteilungen, die ich von verschiedenen Seiten erhalten habe, gehen die Landesarbeitsämter, insbesondere bei Entscheidungen über die Höhe der Entlohnung der Notstandsarbeiter auf Grund des § 139 Abs. 4 ArbZG, vielfach noch davon aus, daß die Beschäftigung bei land- und forstwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten grundsätzlich nach den Bezirkslohnstarifverträgen für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten zu erfolgen sei. Viele Auffassung trifft nicht mehr zu, seitdem ich durch Entscheidung vom 18. September 1931 — III 401/793 Tar. — von der Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Reichsmassentarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten, dessen beruflicher Geltungsbereich für die Bezirkslohnstarifverträge maßgebend ist, die land- und forstwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten ausgenommen habe. Zu dieser Entscheidung bin ich dadurch bestimmt worden, daß die Tariflöhne für Hoch- und Tiefbauarbeiten vielfach über das für land- und forstwirtschaftliche Bodenverbesserungsarbeiten fragbare Maß hinausgehen und ihre Anwendung daher die Durchführung solcher Arbeiten erschweren oder vereiteln kann.

Nach § 139 Abs. 4 ArbZG können die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter die Entlohnung der Notstandsarbeiter gegenüber dem an sich geltenden Tariflohn oder ortsüblichen Lohn nur verkürzen, nicht aber erhöhen. Sie können daher auch nicht festsetzen, daß der Lohnstarif für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ohne Einschränkung bei land- und forstwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten Anwendung finden soll, seitdem sich auf diese Arbeiten die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten nicht mehr erstreckt. Dies gilt um so mehr, als ich mit Entscheidung vom 2. Oktober 1931 — III 401/793 Tar. — sogar davon abgesehen habe, die bezüglich festgesetzten Lohnsätze des Baugewerbes im Wege des staatlichen Zwanges der Allgemeinverbindlichkeitsklärung Dritten (Kaufleitern) aufzuerlegen. Die Landesarbeitsämter haben vielmehr bei Entscheidungen auf Grund des § 139 Abs. 4 ArbZG im Einzelfalle zu prüfen, welcher Tariflohn oder ortsübliche Lohn an sich anwendbar ist, und gegebenenfalls eine obere Grenze festzusetzen.

Ebenso kann auch für landwirtschaftliche Bodenverbesserungsarbeiten, die von der Deutschen Bodenkultur-Akademiegesellschaft gefördert werden und nach den Darlehensbedingungen mit Arbeitslöhnen durchzuführen sind, die Entlohnung nach dem Lohnstarif für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten nicht verlangt werden.

In Vertretung gez.: Dr. Geib.

Es ist wahrhaft rührend, mit anzusehen, wie man trotz aller Mißgerichte im deutschen Reichsarbeitsministerium kramphast darum bemüht ist, die Arbeiterlöhne so niedrig

als möglich zu halten. Niemand wird behaupten können, daß seit Jahresfrist das Reichsarbeitsministerium in dieser Hinsicht zu wenig getan hätte. Der offizielle Grund für diese Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums war, durch Lohndruck die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu verstärken. Der Erfolg ist eine stetig wachsende Zahl von Arbeitslosen. Trotz dieser Taktanden sind die maßgebenden Männer in den hohen Ämtern unbeeindruckt. In dem vorliegenden Falle sind es die Notstandsarbeiter, die nach der Meinung des Arbeitsministers bei landwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten zu viel Lohn bekommen könnten, weil nach seiner Meinung die Löhne der Tiefbauarbeiter ja „hoch“ sind, daß sie für land- und forstwirtschaftliche Bodenverbesserungsarbeiten „untragbar“ erscheinen. Wir nehmen an, daß man sich vor der Veröffentlichung des Schreibens an den Herrn Präsidenten der Reichsanstalt im Reichsarbeitsministerium darum bemüht hat, zu erfahren, wie denn zurecht die Löhne beschaffen sind, die nach dem Tarifverträge für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten für solche land- und forstwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten bezahlt werden müssen. Wir nehmen weiter an, daß auch im Arbeitsministerium bekannt ist, daß solche Arbeiten niemals in Groß- oder Mittelstädten ausgeführt werden, sondern immer in den entlegenen ländlichen Gebieten. In diesen Gebieten können heute die Notstandsarbeiter, wenn sie nach dem Tarifvertrag bezahlt werden, Wochenentdienste etwa zwischen 16 und 27 M erhalten. Das ist, wie uns dieser neueste Erlass lehrt, dem Reichsarbeitsministerium immer noch „zu hoch“. Der Verantwortliche für dieses Ministerium ist Herr Dr. Stegerwald. Wir müssen deshalb an ihn folgende Frage richten: Wie niedrig muß der Lohn des deutschen Arbeiters sein, bevor er nach der Meinung des Herrn Ministers für die Land- und Forstwirtschaft „tragbar“ ist?

Nach unserer Meinung legt das Reichsarbeitsministerium zum Zwecke des Lohnrückes den § 139 Abs. 4 ArbZG, falls es, wenn es sagt: „Die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter können die Entlohnung der Notstandsarbeiter gegenüber dem an sich geltenden Tariflohn nur verkürzen, nicht aber erhöhen, und sie können daher auch nicht festsetzen, daß der Lohnstarif für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ohne Einschränkung bei land- und forstwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten Anwendung finden soll.“

Wir bestreiten dem Reichsarbeitsminister das Recht zu einer derartigen Auslegung des Gesetzes. Der Absatz 4 des § 139 lautet: „Werden nach den Bestimmungen des Absatzes 1 bis 3 öffentliche Notstandsarbeiten gefördert, so kann der Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamtes eine obere Grenze für die Entlohnung der Notstandsarbeiter festsetzen. Er kann auch festsetzen, welcher Tarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ohne Einschränkung bei land- und forstwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten Anwendung finden soll.“ Auch in diesem Fall gilt die Entlohnung der Notstandsarbeiter als tariflicher oder ortsüblicher Lohn im Sinne des § 90 Absatz 2 Nr. 1. Im übrigen werden die Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten unter den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages beschäftigt.“

Gegenüber ihrer Klassenstärke bemutet werden, daß es dann endgültig aus ist mit dem Geschrei „Kampf dem Marxismus“...

Doch haben wir Vertrauen zu einander! Dann werden wir auch diese Gefahr überleben. Auf uns werden drücken die Lasten dieser Krise materiell und seelisch am schwersten...

Unsere Hammerschaften müssen Vorkposten sein im politischen Kampf!

Hammerschaften, so nennen sich die gewerkschaftlichen Formationen der Eisernen Front, jener antisowjetischen Vorwehr- und Angrißsbewegung der organisierten Arbeiter...

Hammerschaften. Ein neuer Begriff? Ja und nein. Früher trugen gewisse Gewerke aus Berufsstolz einen Handhammer im Gürtel...

Der Geist der Hammerchaft ist nicht untergegangen. Er lebt fort in den Oewerkschaften und findet in unseren Tagen seinen eigenen Ausdruck in den Hammerchaften der Eisernen Front...

als auf wirtschaftlich richtige Erkenntnisse. Damit kam er erstreckungsweise nicht in die herzensbedrängte Lage wie Goethe, der in seinem Faust sagt...

Hammerchaften, der Schupo und der Arbeiterportier vorangetragen wurden, so ist es auch in anderen Städten.

Die Hammerchaften der Bauarbeiter können nur in sehr wenigen Fällen auf betrieblicher Grundlage errichtet werden. Leberdies ist die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern groß, sehr groß...

Wohl keine zweite Organisation hat wegen ihrer beruflichen Struktur in jede Stadt, und sei es auch die kleinste, ja beinahe in jedes Dorf Eingang gefunden wie unser Bund. Bauarbeiter, gibt es in jedem Ort.

Entscheidungsjahr 1932.



Am ihr wird der Faschismus zerschellen!

Bei den Hammerchaften dürften die Bauarbeiter niemals und nirgendwo fehlen. Unsere Kollegen müssen in Ermangelung einer großbetrieblichen Grundlage die örtliche Organisationsbasis zur Grundlage ihrer Hammerchaften nehmen...

in die Eiserner Front, müssen sich der jahrzehntelangen politischen Schulung und der stolzen Vergangenheit der Bauarbeiterbewegung würdig erweisen und zeigen, daß sie den Ernst der Stunde begriffen haben.

Eingereicht in die Eiserner Front! Die Hammer in die Gürtel! Triff gefaßt, und hinweggelassen ist der Hiffertspuk!

KPD-Fachwissen.

Wer sich auch nur einen kleinen Rest proletarischen Klassengefühls bemahrt hat, der wird sich beim Lesen von Zeitungen der Kommunistischen Partei des Gefühls eines schier unüberwindlichen Ecks nicht erheeren können...

Daß die Berliner „Rote Fahne“ auch auf diesem Gebiet führend ist, ist für wie gern zugesehen wollen - ihrem Rang als Zentralorgan schuldig. In ihren Spalten lagern die großen Korporation der KPD, sowie revolutionär schillernde Sympathisierende und parteilose Intellektuelle ihre Zeitschriften ab...

Wir greifen aus unserem Zeitungsstapel zwei beliebige Nummern der „Roten Fahne“ heraus. In den denkwürdigen Tagen, wo sich die organisierte Arbeiter- Angehörigen- und Bauernschaft gegen den drohenden Faschismus in der Eisernen Front zusammenfindet, steht die Politik der KPD, ausschließlich unter der Losung: „Gegen die Eiserner Front!“

In Nr. 26 der „Roten Fahne“ vom 2. Februar bezeichnet ein Eisenfunkt Salinas die gewerkschaftlichen Hammerchaften der Eisernen Front als „Hammerchaften des Lohnabbaus“...

Die Nr. 25 der „Roten Fahne“ karikiert den Genossen Leypart als Hammerchaftler, mit der Unterschrift: „Leypart hofft, als Hammerchaftsgeneral den Arbeitern den Lohnabbau besser kommandieren zu können.“

Grüne Woche 1932.

Mißgünstige Gemüter in der Provinz glauben - durch karikaturistische Zeichnungen dazu verleitet - die Grünen Wochen in Berlin dienen dem Sex appeal der Angehörigen des Reichstages.

Landwirte sind gewohnt, die Wirtschaft unter dem Gesichtswinkel nationaler Gebanckenänge zu sehen. Weltwirtschaft, diese unbedingte Notwendigkeit deutscher Arbeit, anerkennen sie nicht.

Vor dem Haupteingang der Grünen Woche standen die lebenden Symbole der lebenden Großmacht: die Zeitungsvorkäufer. Unter ihnen einer, der eigentlich nicht zu ihnen gehört: ein hochaufgeschossener, vierfüßriger, wohlgenährter Mann mit herzerfülltem vollem, festglänzenden Gesicht...

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ haben seine Figur, seine Haltung und sein Monokel einen Schuß innerer Verbundenheit mit auf den Weg, so verständig, einen inneren Konnex zwischen sich und den grüschäpupierten Ortsbürgern und Landwirten herzustellen.

Oder wollte er nur die Jhenpflge et tutti quanti verapellen?

Viel gab es zu sehen auf der „Grünen Woche“. Herrliche Trakehner, Ostfänger und andere Viecher des deutschen Bauernhofes. Hipfrenische und andere Wälder ein miniatüre. In einzelnen Hallen wurde der Besucher, entprechend der Dekore, über die die betreffenden Warenbestandnehmer verfügen, begeistert begrüßt.

Das Interessanteste fand man dort, wo Weltanschauung und soziale Geminnung ein wenig hervorluchten. Da gab es schöne Landarbeiterhäuschen, in denen sich jeder Arbeiter wie im Himmel fühlen würde.

geleistet und versucht, die Arbeiterschaft über die sie bedrohenden Gefahren und ihre Feinde zu täuschen ihr wird ein Feind vorgetäuscht, der in Wirklichkeit gar nicht besteht. Das Ganze nennt sich kommunalistische Politik.

Die Eisenerne Front ist stark genug, um nicht nur das kommunalistische Druckpapier, sondern auch das von den Agenten Moskows zumankommeneredete Blech in seinen Auswirkungen auf die Kreise jener zu beschränken, die niemals alle werden.

Kurzarbeiter, Bürgersteuer und Lohnsteuer-Erfassung

Um die Abstellung der unerträglichen Härten, die bei der Erhebung der Bürgersteuer und wegen der Aufhebung der Lohnsteuererfassungen entstanden sind, verhandeln sozialdemokratische Vertreter des RDB, des AFD, Bundes und der übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände, ferner der Reichstagsabgeordnete Dr. Herj und die Abgeordneten Erling und Geig mit dem Reichsfinanzminister Dietrich. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten noch einmal die ungewissermaßen unsozialen Folgen der Bürgersteuer und die Aufhebung der Lohnsteuererfassung zur Sprache.

Bei der Bürgersteuer haben sich diese Härten vor allem bei den Kurzarbeitern ergeben, die in sehr vielen Fällen weniger verdienen als die Arbeitslosenunterstützung beträgt, deren Lohn ja sogar oftmals unter die Reichshöhe der Arbeitslosenunterstützung sinkt. Im Grunde vieler Einzelbeispiele wurde dem Minister nachgewiesen, daß bei sehr vielen Kurzarbeitern die heutige Form der Bürgersteuererhebung dahin führt, daß ein Lohnempfänger erst Bürgersteuer zahlen und nachher noch eine Unterstützung von der Gemeinde erhalten muß, weil er weniger verdient, als die Arbeitslosenunterstützung ausmacht. Gegenüber diesem widerläufigen Rechtszustand haben schon viele Gemeinden den Weg der Selbsthilfe besprochen und durch Vereinbarung mit den Unternehmern oder durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt, daß in allen Fällen keine Bürgersteuer gezahlt zu werden braucht, in denen das Einkommen die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nicht übersteigt.

Ebenso unerbärlieh ist die Härte, die sich bei Kurzarbeitern ergibt, die zwar mehr als die Reichshöhe verdienen, aber weniger als die Freibeträge der Lohnsteuer ausmachen. Zwar gibt es in der Bürgersteuerverordnung die Vorschriften, daß Lohnsteuerfreie Arbeiter nur den halben Bürgersteuerzuschlag zu zahlen haben. Aber maßgebend für die Anwendung dieser Vorschriften ist nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen im Jahre 1930! Die Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bürgersteuer gingen auf völlige Befreiung der Lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer. Als das angelehnt der katastrophalen Finanzlage in zahlreichen Gemeinden auslöschlich schien, forderten sie Veränderungen in zwei Richtungen: 1. Völlige Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die wegen Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Reichshöhe der Arbeitslosenunterstützung betragen. 2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen für das Jahr der Steuererklärung und nicht das Einkommen von 1930 zugrunde gelegt wird.

Rechtsminister Dietrich erwiderte die Forderungen der Kurzarbeiter und sagte zu: 1. Wegen der Befreiung der Einkommen unter den Arbeitslosenunterstützung eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Städtetag sowie den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen. 2. Spätestens am 24. Februar an bei allen Lohnsteuerfreien Arbeitern nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Verabschiedung vorgelegt werden.

In der Frage der Lohnsteuererfassungen wurde von den Gewerkschafts- und Parteivertrtern grundsätzlich die Forderung erhoben, sämtliche Erfassungen wieder einzuführen. Wenn schon die Erfassungen aus Rechtsgründen wegen Verstoßens nicht sofort wieder eingeführt werden können, müßten alle Fälle die Erfassungen aus Willigkeitsgründen nach § 131 der Reichsabgabenordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Willigkeitsparagraf steht den Lohnsteuerzahlern ebenso wie den Besitztümern. Es gibt daher nur zwei Wege, entweder die Abänderung dieses Paragraphen allgemein für Besitze und Lohn- und Gehaltsempfänger aufzuheben, oder ihn bei beiden Kategorien von Steuerpflichtigen gleichmäßig durchzuführen. Gerade die Befreiung dieser Erfassungen aus Willigkeitsgründen hat zu

besonders rigorosen Härten geführt, wie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfänger unter Hinweis auf viele Einzelbeispiele nachgewiesen wurde.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Wiedereinführung der Erfassungen aus Willigkeitsgründen eine großen Mehraufwand verursachen und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung in neue Schwierigkeiten bringen würde. Er hielt es im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, legte aber eine nochmalige abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für die unzulänglichen Arbeiter angestrebt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihre Löhne die Freibeträge der Lohnsteuer bei weitem nicht erreichen. Nach dem Vorbild des Verfahrens bei den Hamburger Fabrikarbeitern soll auch für die anderen unzulänglichen Arbeiter versucht werden, ein Abzugsverfahren durchzuführen, das in Zukunft die Überzahlung von Lohnsteuer nach Möglichkeit ausschließt.

Der Kampf um die Wiedereinführung der Erfassungen wird mit aller Energie fortgesetzt. Bei aller Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinden muß eine steuerliche Härte beseitigt werden, die in sehr vielen Fällen gerade die Gemeinden zu erhöhten Arbeitslosenunterstützungen zwingt.

Stalins Reich der unbegrenzten Möglichkeiten.

Durch die kommunistische Presse ging kürzlich der Bericht des „nach Nißnij Novgorod entlassenen W.-P. Redaktionsmitgliedes“, in dem unter anderem die Errichtung einer riesigen Zuckerrübenfabrik erzählt wird, bei dem es überamerikanisch zugegangen sein muß. — Wir zitieren die kommunistische „Samburger Volkszeitung“. Durch die Aneignung amerikanischer Technik, angereichert durch den revolutionären Plan des Komjpropkars, entstand in der Nähe des Ortes Nißnij Novgorod ein riesiger Zuckerrübenbau. Mit wahren Höchstleistungen wurde der wertvolle Bau in den Monaten 13 000 Tonnen Eisenkonstruktion, 23 Milliarden 8 000 Millionen Stück Ziegel, 37 600 Tonnen Zement, 196 600 Quadratmeter Glas, 13 200 Wagen Holzmaterialien. Heute spiegeln sich Glasbächer und Fensterflächen eines sauberen, aus Glas, Beton und Eisen zusammengesetzten Fabrikkolosses in den Straßen der Winter Sonne.

Was sind geradezu überwältigende Zahlen — wenn man sie nicht nachrechnet! Ein Samburger Maurer, dem die außergewöhnliche Arbeitslosigkeit die Ruhe dazu gab, war aber noch nicht übermüdet und rechnete den Fall, in dem er Sachkammer ist, nach und schickte dem „Samburger Echo“, nachdem er seine Rechnung nochmals geprüft hatte, diesen Brief:

In der „Volkszeitung“ vom 21. Januar wird von einem nach Nißnij Novgorod entlassenen Redaktionsmitglied mitgeteilt, in dortiger Fabrik sind 23 Milliarden und 800 Millionen Ziegel verarbeitet. Die Fabrik ist in 17 Monaten aus Stump und Gebläse fertiggestellt, als ob man wohl 22 Monate für das Hochrechnen in Frage, 23 600 Millionen ist mein Arbeitslohn. In Russland werden die Maurer leicht damit fertig!

Hierzu zwei Nechenerempel. Leistungssatz ist für Samburger Arbeiter im Jahr 1931 pro Tag 1000 Steine, in einem Jahr zu 300 Arbeitstagen also 300 000 Steine. Wenn dieser Maurer am Tage von Christi Geburt bei dieser Fabrik angefangen und jedes Jahr 300 Tage gearbeitet hätte, so wäre seine Gesamtleistung in 1931 Jahren (1931 x 300 000) 579 Millionen. Um nun obengenannte Summe von 23 600 Millionen zu bewältigen, müßte er sich noch 40 Folgen für diese Zeit mitnehmen, denn 41 Maurer müssen es sein, denn hätten sie es geschafft, 41 x 579 Millionen = 23 739 Millionen.

Nun aber das andere Exempel: 23 600 Millionen dividiert in 300 Arbeitstagen (12 Monate wurde hochgerechnet) macht eine tägliche Leistung von 79 Millionen Steine. Wenn diese Leistung bewältigt werden soll mit pro Mann 1000 Steine pro Tag, so gehört dazu eine Belegschaft von 79 000 Maurern. Wo haben denn die logiert? Wo kommen die denn her? In der kleinen dort gebauten Stadt wohnen nach der Volkszählung doch nur 30 000 Einwohner mit Kind und Kegel. Es gehören doch auch außer den Maurern noch viele tausend Hilfsarbeiter und andere zum Bau.

Dieses als Wahrheit annehmen, kann selbstverständlich nur ein Unwisseniger. Auf einige Milliarden Steine kommt es der „Volkszeitung“ nicht an. Wer es glaubt, wird selig. Da sind wir Hamburger Maurer Waisenkinder. Wer lacht da?

troßdem es nicht die Milch der frommen Denkgänge war. Wieviel Schulheiß-Bock abends genossen wurde, darüber schweigt das Staffelnheiß-Höflichkeit. Auf der Grünen halben sie lebenslang fünfzehn Minuten lang, die deutsche Milchwirtschaft auf die Socken zu bringen.

Auch der Aberglaube wurde bekämpft. „Es ist ein Irrtum, daß Zucker die macht. Zucker ist konzentrierte Kraft“, so verkündeten die Zuckerfabrikanten. Auch keine epochemachende Neuerung. Wir wußten schon lange, daß die Zuckerfabrikanten und ihre Aktionäre nicht von Zucker, sondern von den Profitten die geworden sind...

So ein Gang durch die Grüne Woche ist sehr lehrreich. Er vermittelte einen Querschnitt durch die deutsche Land- und Forstwirtschaft, kann aber den Willenden nicht überzeugen, daß die deutsche Krise durch Verwirklichung autarkischer Bestrebungen behoben werden könne. Der off zu lesen gewesene Wühlprüd: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“, trifft nicht den Kern des Problems. Das mag zu Zeiten Fröhlichkeit's Res' so gewesen sein. Der Kern des Problems muß in unfernen arbeitskraftorientierten Land bei der großen Krise der Bevölkerung gesucht werden. Sie kaufkräftig zu machen, die deutsche Wirtschaft in das Netz weltwirtschaftlicher Beziehungen einzufügen, muß das Hauptziel aller wirtschaftlichen Bestrebungen sein.

Und die Reichsregierung darf nicht auf Ihren Minister für Ernährung und Landwirtschaft hören! Das ist die Erkenntnis, die alle die von der Grünen Woche beimbringen, die über den Horizont des Bauernhofes hinauszublenden vermögen in die Welt übernationalen Wirtschaftslebens.

Wir wollen diesen Brief nicht durch weiteren Kommentaren abschwächen, aber der Hamburger Kollege hätte sich wohl noch drastischer geäußert, wenn ihm auf der dritten Spalte des Berichtes der „Volkszeitung“ folgende wörtlich zitierten Angaben aufgefallen wären: „Auf den Kollektiven, durch Verträge angeordnet, aus allen Teilen der Sowjetunion herbeigeholt, waren für die Bauarbeiten nicht mehr als 25 % qualifizierter Arbeiter da. Erst in den 17 Monaten der stürmischen Arbeit bekamen die meisten ihre erste Qualifikation.“

Wir überlassen es nun unseren Kollegen, weiterzuerörnen. Die Einwohnerzahl ist da, die Bauzeit ist da, die Zahl der verarbeiteten Steine ist da. Und nur 25 % waren qualifizierte Arbeiter. Was kommt da je Tag für eine Leistung heraus?

Wirklich, ihr deutschen Maurerleute, da seid ihr Waisenkinder!

Zahlen des Glendes.

Nachruf der Baugewerkschaften.

Die stets gut informierte Demog-Zeitschrift „Wohnungs-Wirtschaft“ veröffentlicht in ihrer Nr. 1/2 des laufenden Jahres das Ergebnis einer Umfrage, die von einer der freien Gewerkschaften nahestehenden Baugewerkschaft bei ihren Mitgliedern zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse durchgeführt wurde. Die Zahlen sprechen eine so furchtbare Sprache, daß sie den Stellen, die da glauben, die Verelendung der Arbeiterschaft immer noch weiter treiben zu können, nachdrücklich unter die Nase gehalten werden müssen. — Wir geben die wichtigsten Ziffern der Umfrage hier wieder.

Von den Mitgliedern der Genossenschaft sind 50 % Vollbeschäftigte und Kurzarbeiter, 14 % Rentempfangler, 13 % Arbeitslose und Unterfertigungspächter, und 23 % ohne Einkommen oder Arbeitslosenunterstützungspächter.

Wie sieht das Familieneinkommen dieser Vollbeschäftigten und Unterfertigungspächter aus? 24,4 % der Genossenschaft haben bis zu 50 M monatlich (!); 16,4 % erhalten 51 bis 75 M; 12,2 % 76 bis 100 M; 22,0 % 101 bis 150 M; 16,0 % 151 bis 200 M; 4,5 % 201 bis 300 M, und ebenfalls nur 4,5 % der Genossenschaft haben über 300 M monatlich. Gegenüber diesen Glendisziffern sind alle Anstrengungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Mieten auf ein erträgliches Maß zu senken, zum Scheitern verurteilt. Die Monatsmieten betragen bei der in Betracht kommenden Baugewerkschaft zwischen 20 und 55 M. Vom Familieneinkommen einschließlich Rente und Unterfertigungspächter geben für Miete aus: 12,2 % der Mitglieder 20% ihres Einkommens; 29,8 % 21 bis 30 %; 15,2 %: 31 bis 40 %; 7,5 %: 41 bis 50 %; 11,5 %: 51 bis 75 %; 7,5 %: 76 bis 100 %, und rund 16,0 % der Mitglieder können alles in allem nicht soviel zusammenkratzen, um den Mietbetrag aufzubringen. Woollen leben diese Menschen, wovon kleiden sie sich?

Beim Städtischen Wohnungssatz der Ortschaft sind zur Zeit 394 Wohnungsuchende vorgezeichnet. Davon sind 145 ohne eigene Wohnung, 30 in gekündigter und 48 in unzureichender, gruppenspezifischer Wohnung. Diesem Wohnungsbedarf geistlich die massenhafte Abwanderung aus den Neubaugebietchen hinzu. 171 Neubauer bestärkten sich um Wohnungsersatz. Man muß in die Stumm zurück, um noch ein paar Mark für die Sättigung des Magens zu retten! Die Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Mietenkürzung hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Ganz 6,54 % betraf die Mietenkürzung für die betreffenden Baugewerkschaft. Wird der Beschluß des Preussischen Landtags vom 18. Dezember zum Schutz des Neubausbesitzes Hilfe bringen? Wenn nicht, müßten die gesundesten Wohnungsunternehmen in kurzer Zeit zusammenbrechen. Die operative Selbsthilfearbeit von Jahrzehnten wird nutzlos veran sein. Auf schnellstem Wege muß dem Erlahmen des Preussischen Landtags an die Staatsregierung um Gewährung von Miethesbaffen aus der Hauszinssteuer für die sozial bedrängten Inhaber von Neubauwohnungen Geltung verschafft werden!

Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft fordert weitere Verschärfung der Unfallversicherung.

Auf der außerordentlichen Generalversammlung der Tiefbau-Berufsgenossenschaft (ZB) am 12. Januar wurde eine Entschloßung angenommen, in der unter anderem auch ein weiterer Ausbau der Unfallrenten gefordert wird. Die Ausgaben für Unfallentschloßung sind bei der Tiefbau-ZB im Jahre 1931 nach eigenen Angaben um 1 Million, also auf 7 1/2 Millionen Mark gestiegen. Der erhebliche Leistungsaufbau, den die Vorverordnung vom 8. Dezember 1931 bringt — durch Wegfall der kleinen Renten, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung und Kinderzulagen —, ergibt für die Tiefbau-ZB, nach ihrer eigenen Schätzung für das Jahr 1932 eine weitere Erparnis von 1 Million Mark. Den Tiefbauunternehmern genügt aber auch diese letzte Ausgabebeschränkung, die restlos auf Kosten der Unfallverletzten geht, noch nicht. Für das Jahr 1931 wird von der Tiefbau-ZB, mit einer Belastung von etwa 6,40 M je 100 M Lohnsumme bei der Mehrzahl ihrer Betriebe getechnet. Diesen Prozentsatz hält die Generalversammlung „für unzulässig und untragbar“. Deshalb wird nun von der Reichsregierung gefordert, daß sie im Rahmen der allgemeinen Lohn- und Preissteigerung eine allgemeine Herabsetzung der Renten durchführt und daß sie sich zu einer weiteren Durchführung der in der 4. Vorverordnung begonnenen, aber bisher völlig unzureichenden Reform der Unfallversicherung entschließt.

Wie man im Unternehmerlager über eine Reform der Unfallversicherung denkt, ist hinreichend bekannt. Aber den jetzt angeordneten allgemeinen Wegfall der Unfallrenten bis zu 20 % will man die Entschloßungspflicht für Wegeunfälle ganz aufheben, außerdem alle laufenden Renten bis 30 % beschränken und neue dieser Art künftig nicht mehr gewähren. Die Tiefbauunternehmer wollen durch solche Forderungen natürlich nur ihre eigene Entlastung erreichen. Aber das Schicksal derer, die bei der Verwirklichung solcher Forderungen sehr hart und ungerecht betroffen würden — die Unfallverletzten, deren Angehörige oder Hinterbliebenen — braucht die Genossenschaftsversammlung ja keine Überlegungen anzustellen.

Der Tiefbau ist zur Zeit schlecht beschäftigt. Die von den Tiefbauunternehmern aufzubringenden Kosten mögen

Eheheh, an diesem Früheben gleich und für alle Zeit das Kinderbesteh angebaut war, so die zweite Längsreihe dieses Bestes sparend. Günstig Schritte von diesem Rationalisierungsbühl wurde der freiwillige Arbeitsdienst gegriepen. Man sah Wälder von durd aus nüstlicher Befäßigung, Wälder vom Baradenleben, das jede Persönlichkeitkultur im Reime erstickt. Man sah Kolonnen des freiwilligen Arbeitsdienstes schon gleich auf dem Marsche zur Arbeitsfront. Jeder Haubgen hätte seine Freude daran. Am Eröffnungstage stand hier einer von den vielen im Finidern beobachteten Herren, die die Aufgabe hatten, die Teilnehmer der Eröffnungsversammlung durch die Grüne Woche zu führen und Erklärungen zu geben. Das E. R. I. des Herrn, der an der Rolle des freiwilligen Arbeitsdienstes hand, demonstrierte mit minischenswerter Deutlichkeit seine Unabhängigkeit am Allen. Was Wunder, daß der Mann, der lebhaft an den Reklamemander eines Hippodroms in St. Pauli erinnerte, vom freiwilligen Arbeitsdienst der — — — anderen mit grenzenloser Begeisterung redefe. Ihm stöß das Herz derart über, daß ihm verlag blieb zu sagen, was das Gehirn dem Munde eingab. Der Cutaway und das E. R. geriesen in Erschütterung und ihr Träger in wahre Verzückung. Sein Vokabularium vertiet eine sehr geringe wirtschaftliche Sanlung, dafür mehr Freipersonalität. Von der Wirtschaftlichkeit des freiwilligen Arbeitsdienstes hörte man nichts. Bewegten Herzens laßte der Finidernmann seine Begeisterung in die kindlichen Worte zusammen: „Die Leute arbeiten — — — wunderbar!“

Auch eine Milchprobe wurde war da; und wohlbeleibte Herren tranken zur Feier des Tages Milch. Sie mimten sogar Überzeugung, wenn sie das Milchglas ansetzten,

drücken. Aber geht es den Tiefbauarbeitern etwa besser? Haben sie nicht ebenfalls unter hohen steuerlichen Lasten zu leiden, wenn sie überhaupt noch in Arbeit stehen? Mit den Tiefbauarbeitern, die seit Wochen und Monaten arbeitslos sind, möchte bestimmt kein Tiefbauunternehmer tauschen, trotz all ihrer Klagen. Viel fruchtbarer noch ist aber das Los der Unfallverletzten und deren Familien. Die Bezüge dieser Verarmten der Armen sollen nun lediglich, damit die Tiefbauunternehmer niedrigere Beiträge zahlen brauchen, weiter gekürzt werden.

Im Tiefbau ist in den letzten Jahren gut verdient worden. Aus diesen Gewinnen muß jetzt der höhere Beitrag für die Berufsgenossenschaft bestritten werden. Dabei kann man der Berufsgenossenschaft selbst nicht den Vorwurf erheben, daß sie in den vergangenen Jahren keine Rücksicht für die zu erwartenden „mageren“ Jahre angesetzt hat. Die sonst gelöste Selbstverwaltung der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften sieht jetzt keine andere Lösung, als einen weiteren Abbau der Leistungen und Unfallversicherung zu fordern, um die den Unternehmern aus gesetzlichen Pflichten entfallenden Losen abzuschöpfen. Die Berufsgenossenschaft soll keine Interessenvertretung der Unternehmer sein mit dem Ziel, ihre Entlastung zum Nachteil der Versicherungen anzustreben, sondern sie hat die Aufgabe, Schädigungen bei der Arbeit durch entsprechende vorbeugende Maßnahmen tunlichst zu verhindern und darüber hinaus für die durch Unfall eingetretene Erwerbsbeschränkung Entschädigung zu leisten. Es ist an der Zeit, daß die Reichsregierung mit aller Deutlichkeit die Forderungen der Unternehmer zur weiteren Verschärfung sowohl der Unfallversicherung als auch der gesamten Sozialversicherung entgegenstellt. Die Reichsregierung sollte aber endlich auch den Mut finden, die einseitige Zusammenfassung in der Verwaltung der Berufsgenossenschaften zu beenden, die sich, wie die Generalfassung der Tiefbau-Berufsgenossenschaft zeigt, als Interessenvertretung der Unternehmer erweist.

Naturfeinindustrie und Steinfeinindustrie.

Auch in diesen beiden Industriezweigen wütet die Wirtschaftskrise geradezu unheimlich. Deshalb hat sich der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands an die behördlichen Auftraggeber mit einer Eingabe gewandt, in der auf die Wichtigkeit der Verwendung des für Baumzwecke unentbehrlichen Naturfeins in jeder Weise hingewiesen wird. Dabei wird nachgewiesen, daß Naturfeinbauten eine weit größere Nutzungsdauer aufweisen als Bauten aus neuzeitlichen Baustoffen. Es sei unbestritten, daß Naturfeinbauten auf Jahrzehnte hinaus Kosten für Instandhaltung nicht verursachen, während bei nach neuzeitlichen Verfahren erstellten Bauten schon nach einigen Jahren erhebliche Ausgaben entstehen.

In der Eingabe wird ferner die Lage des Arbeitsmarktes in der Naturfeinindustrie und im Steinfeinhandwerk geschildert. Sie ist geradezu katastrophal. Im Jahre 1925 wurden in Deutschland in 8550 Steinbetrieben weit über 120 000 Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1931 waren nur noch 972 Steinbetriebe vorhanden, im Jahre 1931 waren nur noch 972 Betriebe vorhanden, von den 972 Betrieben arbeiteten nur 12 mit voller Beschäftigung, während 219 durch Arbeitslosigkeit und 831 mit bis zu 50 % verringertem Beschäftigungsgrad arbeiteten. In Durchschnitte des Jahres 1931 waren 67 % aller Steinarbeiter völlig ohne Beschäftigung, 10 % konnten nur bis zu 36 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. Im Steinfeinhandwerk lagen die Verhältnisse noch ungünstiger. Schon in den Sommermonaten 1931 waren vier Fünftel aller Betriebe stillgelegt. Von den 30 000 im Steinfeinhandwerk beschäftigten Arbeitern waren 72 % im Jahresdurchschnitt arbeitslos. Nicht viel verkauft worden — so wird in der Eingabe dargelegt — die Reichs- und Staatsministerien und Parlamente, auf die diesen Industriezweigen drohende Katastrophen rechtzeitig aufmerksam zu machen. Nur in geringem Maße hatte man dabei Erfolg. Jetzt ist es eine Aufgabe der auftraggebenden Behörden, diese Industriezweige vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Die Naturfeinindustrie bietet eine äußerst günstige Möglichkeit zur Arbeitsbeschäftigung. Leider habe man bisher darauf nur wenig Rücksicht genommen.

Nächste „Bundes-Tribüne“

Thema:

„Meine Erfahrungen mit der Preissenkung“.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß der Bau von Kleinflur-Stragendeben im volkswirtschaftlichen Sinne die rationellste Bauart darstellt. Außerdem bedeutet der Bau solcher Stragendeben im wahren Sinne wirtschaftliche Arbeitslosenfürsorge. Die Eingabe, die wir bestenfalls wünschen, schließt mit folgenden Worten: „Bauen Sie Naturflur-Stragendeben, schaffen Sie Arbeit, dann beseitigen Sie die Gefahr der Existenzlosigkeit, der moralischen Verkrümmung, dann wird den über 100 000 arbeitslosen Steinarbeitern, Steinlegern und Berufsgenossen die Möglichkeit produktiver Tätigkeit gegeben, dann werden Frauen und Kinder eingerechnet, über 300 000 Menschen vor der bittersten Not bewahrt!“

Goerdeler als Arbeitslosenkommisär.

Der Kommissär für Preisüberwachung, dessen Aufgabe schon sein Titel enthält, hat seine Aufgabe bisher nicht mit großem Erfolg gelöst. Nach hat er ein großes Stück Arbeit zu leisten. Bei der Preislenkung könnte er all' seinen Ehrgeiz voll aufbringen. Allein schon jetzt, nach zwei Monaten wenig erfolgreicher Tätigkeit, will er es auch auf andern Gebieten mit Abbau versuchen. Dazu hat er sich üblicherweise die Erwerbslosenunterstützung ausgesucht. Zwar kann jeder Bürger auch zu dieser Frage Stellung nehmen.

Die Eisene Front ruft die Jugend!

Wir rufen die Jugend, die vorwärtsdrängende, freihetlich gesinnte Jugend im ganzen Land, bereit zu sein für den Dienst in der Eisernen Front. Bereit zum Dienst, das heißt, an allen Plätzen, an denen wir mit jungen Menschen in Berührung kommen, am Arbeitsplatz, auf den Stempelstellen, in den Berufsschulen unter der Jugend zu werben für die Demokratie und für eine neue gerechtere Wirtschaftsordnung. Viele können noch nicht als aktive Mitglieder in die Formationen der Eisernen Front eingereiht werden, aber keiner ist so jung, daß er nicht zum Werber für die Ideen der Eisernen Front werden kann. Es ist unsere besondere Aufgabe, in den nächsten Monaten der gesamten Jugend unseres Volkes begrifflich zu machen, daß ihre Zukunft entschieden wird im Kampf der Eisernen Front.

Hierbei! Helft mit!

Aber zu dem amtlichen Bereich eines Kommissärs für Preisüberwachung gehört nicht, in dasselbe Horn zu blasen, in das seit vielen Monaten alle Sozialreaktionäre hineinpfeifen. Dr. Goerdeler fordert eine grundsätzliche Reform der Arbeitslosenfürsorge. Es sei unmöglich, für diese Zwecke 1932 eine weitere Milliarde aus der Wirtschaft herauszuholen. Nicht vertretbar sei es, an einer Scheinversicherung festzuhalten. Es fehlten ihr die Mittel und das klare Prinzip der Verantwortlichkeit. Als Überlegung für die Arbeitslosenfürsorge notwendig. Für später bestimmt er die Übertragung der Arbeitslosenfürsorge an die Gewerkschaften. Darüber hinaus sei auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch staatliche Arbeitsbeschäftigung an die des freiwirtschaftlichen Arbeitsmarktes anzuschließen.

Herr Goerdeler verlangt nicht mehr und nicht weniger als Zwangsarbeit ohne Bezahlung und ohne Unterführung. Die Argumente für seine Forderung hat Goerdeler aus einer Statistik des Deutschen Städtetages genommen. Diese Argumente sind aber falsch, was einleuchtend in der Nummer 6 der „Gewerkschafts-Zeitung“ des DGBW nachgewiesen wird. Der von Dr. Goerdeler auf die Arbeitslosenversicherung unternehmender Angriff wird bei den Gewerkschaften auf unerschrockenen Widerstand stoßen! Die Gewerkschaften haben den einzig möglichen Weg gewiesen: Zusammenlegung von Krisen- und Erwerbslosenfürsorge zu einer einheitlichen, von Reich, Ländern und Gemeinden getragenen und vernünftig ausgestatteten Reichserwerbslosenfürsorge. Diesen Weg hat die Reichsregierung bisher abgelehnt. Aber sie wird ihn geben müssen, oder sie muß den überlasteten Gemeinden helfen. Den von Goerdeler propagierten Weg der Einbeziehung der Arbeitslosenversicherung in ein einheitliches Erwerbslosensystem — also die Forderung der Arbeitslosenversicherung — lehnen die Gewerkschaften als für sie absolut inakzeptabel ab.

Auch für Herrn Goerdeler scheint es bequemer zu sein, den sozial Schwächsten, den Arbeitslosen, zu Leibe zu rücken. Besser wäre es, wenn er sich auf dem ihm zugewiesenen

Aufgabengebiet energischer als bisher durchzusetzen verstände. Das würde weit mehr Anhalt im ganzen Volk finden und ihn auch berechtigen, über andere soziale Fragen ein gemäßigtes Wort mitzureden. Erst wer auf seinem eigenen Arbeitsgebiet die ihm übertragenen Aufgaben zu bewältigen versteht, kann Anspruch erheben, auch in anderen Fragen gehört und schließlich anerkannt zu werden.

Junge Generation! An die Front!

Jung oder Alt? So wird die Frage gestellt, wenn es um die Befähigung von Funktionen in der Bundesarbeit geht. Jung und Alt! So mußte die Parole lauten, wenn zeitgemäße Bundesarbeit gelistet werden soll.

Wer in unsere Versammlungen kommt, sieht Grauhäutige, sieht Männer, die zu Hause Frau und Kinder haben. Dazwischen sitzen einige Milchgeister, die jedoch in die Lehre kamen oder noch drin stehen. Die Zwischenstufe, die junge Generation im Alter von 20 bis 30 Jahren kann man dagegen mit der Laterne suchen. Einige sind vielleicht dabei, aber das Gros dieser Altersstufe ist nicht da. Sie sind zwar auch organisiert, aber sie verbrauchen ihre Kräfte anderswo: auf dem Sportplatz, auf Tanzplätzen, vielleicht sogar bei uns feindselig gesinnten Arbeiterbänden. Warum sind diese jungen Leute nicht bei uns? Warum schwänzen sie unsere Versammlungen? Mancher ist schnell fertig mit dem Wort und wird antwortend die haben kein Interesse am Gewerkschaftsleben, sie wollen entweder sofort etwas gelten oder kommandiert werden. Das kann ihnen die Gewerkschaft nicht bieten. Deshalb bleiben sie fort.

Es ist leicht, so zu sprechen; aber es wäre sträflicher Leichtsin, wollte man sich damit abfinden. Wir brauchen diese Schicht! Jugendfroher, kampfesfreudiger Nachwuchs wächst nicht heran, wenn er im Glaslind sitzt, wenn er abseits steht von der Verantwortung, wenn er nur von schwerer Funktionärarbeit aus vergangenen Jahrzehnten hört, ihm selbst aber nicht Gelegenheit geboten wird, seine Kräfte zu erproben. Junger Nachwuchs wächst auch nicht heran, wenn er mitzumachen gesehen wird oder wenn ihm gelangt wird, daß er nicht mitzumachen darf. Das hilft nicht. Die junge Generation ist jederzeit zur Mitarbeit bereit, wenn man sie schätzt, und wenn sie spürt, daß zielbewußte und planmäßige Arbeit in Angriff genommen wird, die ihre Mitwirkung erfordert. Schafft der Jugend die Bahn zur Mitwirkung, geht ihr Arbeit, geht ihr Funktionen! Und wenn dann durch unsere Reihen ein frischer Geist weht, wenn wir nicht gar zu bedächtig sind, wenn wir vor Erwägungen nicht das Sandeln verpassen — dann wird die Jugend immer dabei sein! Dann werden junge Kräfte tätig sein und nach und nach den Kreis der jüngeren Teilnehmer an den Veranstaltungen erweitern. Dann wird in allen Baugewerkschaften zur Regel werden, was erst in einigen abläuft ist: der Nachwuchs arbeitet mit!

Unter Bundesbeitrat hat sich in seiner Januaragung mit der Erhaltung der jungen Generation befaßt. Mit stärkerer Inanspruchnahme der an den Schulungsmoden im Heim am Werkse beteiligten gewesenen Funktionäre soll dieses Tätigkeitsfeld verbreitert werden. Nicht nur ältere Funktionäre sollen ihre Kräfte dem Bunde widmen, überall soll bei dieser notwendigen Arbeit auch Wert auf die Mitwirkung der jüngeren Kollegen gelegt werden. In der Heranbildung junger Funktionäre ist allerdings Planmäßigkeit notwendig. Der Kopf darf nicht nur mit Wissen angefüllt werden, praktische Betätigung ist noch junge Kollegen, her zu dieser Front! Und ihr Vorgesetzten, bildet aus jungen Kollegen diese Front!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Geperert sind die Arbeiter des Unternehmers Schauer, Niederbüllau (Cübeck), Baustelle Ostböhmer Wäldchen bei Reinfeld wegen unverkäuflichen Lohnbauvertrags, und die Arbeiter der Firma Wiederick in Norden wegen Tarifvertrags.

Löcher: Geperert sind: In Grimmlinghausen die Firma Heringer, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönike und Wöhme, in Liegnitz die Firma Alfred Hermann wegen untertätiger Entlohnung.

Memel: Hier stehen die Bauarbeiter im Arbeitsstreik; die Unternehmer wollen die Hände drücken. Kein Bauarbeiter aus dem Reichsgebiet darf nach Memel gehen!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 18. Januar 1932.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Table with columns for regional associations (e.g., Königsberg, Danzig, Silesia, Westphalia, Berlin, Magdeburg, Frankfurt, etc.) and rows for various categories of workers (e.g., masons, bricklayers, etc.) and their employment status (employed, unemployed).



Unterhaltung und Wissen



Fiffi.

Fiffi war nicht etwa das Schöpfungsbündchen einer Madame Offizier. Fiffi war ein wirklicher afrikanischer Legionär, dazu ein in wärschender Wiener. Fiffi war nicht sein Taufname, sondern sein Spitzname in der Legion. Fiffi war ein aufgewecktes, munteres Büschlein wie ungefähr jeder andere. Wo es Lollheiten auszumalen gab, wo es kunterbunt durcheinander ging, da war Fiffi immer zu finden. Es ging ihm nie toll genug, obwohl er nur ein schwächliches, zart gebautes Kerlchen war, dem man bei näherer Betrachtung mande seiner Lollheiten gar nicht zugetraut hätte.

Aber einmal wäre es ihm doch beinahe schlecht ergangen. Das war auf Wschebel-Han. Da lag er in der glühenden Mittagshitze mit brennendem Gaumen und ausgehörrter Zunge und dachte, wie fabelhaft schön es wäre, wenn er jetzt in der Schlucht ihr strahlendes Silberantlitz empörhob. Statt dessen aber war er gezwungen, sein wertvolles Leben gegen die heiseren „Singsvögel“ zu schützen, die der fanatische Marokkaner herüberwarf, und die sich so gerne in die ohnehin schon ausgepowerten Körper der Legionäre einnisteten. Zu diesem Zweck hatte er wie alle Kameraden zu seinem Schutz vor sich einen kleinen Erdbügel aufgeschichtet.

Fiffi tat es um jeden Tropfen leid, der sich in dem Wasserlauf da unten von der Quelle fortstahl. Darüber war er in eine unfruchtbare Grubelei geraten. Seine Knarre lag unäftig neben ihm. Nichts als die anderen schießen; er hatte Durst, und in solchen Momenten pfeift man auf seine Pflicht.

Verfluchter Hohn, dachte er, schieße hinüber nach rechts zu seinem Nebenmann und dann wieder in die Schlucht, wo das Wasser ungehindert ans Lagerloch sprudelte. Wie dort hineinkommen? Schon eine geschlagene Stunde lagen sie an der gleichen Stelle; an ein Vormärtskommen war unter den schlechwütigen Umständen der Marokkaner nicht zu denken...

Wieder sah Fiffi hinüber zu seinem Nebenmann. Der hatte auch kein Wasser. Sie alle hatten kein Wasser, aber alle hatten Durst. Unterdessen brannte die Sonne immer unbarmherziger auf die ermatteten Leiber der Legionäre.

Fiffis Durst wurde immer unerträglich. Vergeblich suchte er seine Zunge an den spröden Lippen zu nassen. Aber seine sonst in Wasserangelegenheiten so genügsame Zunge vermochte auch da nichts herorzujubeln.

„Wasser!“ murmelte Fiffi dumpf vor sich hin. Da unten in der Schlucht war Wasser in Lieberfluß. Aber die Schlucht tief in den feindseligen Waldschritt und wurde mit Argusaugen und Pfeilbägen bewacht. Jeber, der es genaug hätte, sich der Quelle zu nähern, wäre höchstwahrscheinlich zu Trikalfsee gekommen worden.

Nur eines konnte den durstigen Legionäre helfen; das war ein höherer Vorkoch hinab in die Schlucht. Aber das Kommando „Vormärts!“ wollte nicht fallen. Gott ja, mehr als kaputt konnte man nicht geschossen werden, und dann wäre auch die schönste Quelle überflüssig gewesen...

Man lag und hock, als handele es sich hier um eine amüßante Volksbeobachtung. Im Bewußtsein der Legionäre kursierte nur noch da unten das Wasser.

Nach zwei Stunden qualvollen Wartens erscholl dann endlich von irgendwo der gedämpfte, heisere Ruf: „Vormärts!“

Fiffi sprang, sich auf die Knarre stützend, hoch. In langen, unregelmäßigen Schritten sprang er vorwärts. Die Kugeln pöfsten nur so. Aber vormärts! Den Durst gestöcht! Vormärts! Zur Quelle. Vormärts! Die Feldflasche gefüllt und — den Bauch...

„Haaail! Hall!“
Schon lagen sie am Boden. Aber dann kam die Erinnerung an die Quelle. Eftliche Quenden Leute sprangen, noch keuchend von Lauf, hinunter in die Schlucht, hinunter ans Wasser. Unter ihnen war Fiffi. Diese durstige Meute hätte kein Kommando halten können. Kurz vor der Quelle ließ sich Fiffi mit Waffengeklirr der Länge nach hin. Aber dann ist er am Wasser.

Einer liegt neben dem anderen auf dem Bauch, den Mund in den gurgelnden Wasserpfiegel gesteckt.

Aber während sie hier trinken und sich im Vollgefühl der Erfrischung ergönnen, hat der Araber zum Gegenangriff gerüstet. Die Rückwirkung des Vorstoßes legt ein. Langsam beginnen die Einien der Legionäre zu weichen. Warnende Rufe bringen von oben in die Schlucht; die Vor-schützen ziehen sich zurück. Aber die Allzudrreifen füllen gemäßlich ihre Feldflaschen, während oben die die Schlucht haltenden Kompagnien unter dem Triumphgeschrei der Marokkaner zurückgeworfen werden. Die Schlucht gehört wieder dem Marokkaner.

Die zurückgebliebenen Legionäre hatten zu spät erkannt, was die Glode geschlagen hatte. Umsonst war jetzt jeder Fluchversuch. Noch ehe sie den Rand der Schlucht erreicht hatten, kollerten sie, von störenden Pfeilschüssen getroffen, wie leblose Marionetten den steilen Hang hinab.

In wilder Verzweiflung verflucht noch hier und da einer zu fliehen. Vergessens. Mit einem marktschreiernden Schrei, aus dem die Angst vor dem Kommen den Geist, rollen die Flüchtlinge zurück; zurück in den Fernenkreis!

Fiffi sieht einen nach dem anderen fallen. Er sieht die von allen Seiten heranrückenden Araber, wie sie mit geschwungenen Dolchen auf die gefallenen Legionäre einbringen...

Der Araber macht g a n z e Arbeit, sie ist immer blutig und grausam. Ihm liegt nichts am Leben oder Sterben der Legionäre, aber er braucht ihre Waffen und ihre Munition. Aber da sie immer vermuten, daß der Gefallene noch am Leben sei und sich wehren könnte, schneiden sie allen ihnen in die Finger fallenden Legionären den Hals ab...

Fiffi hatte versucht, zu fliehen. An Gegenwehr war nicht zu denken. Aber er hatte bloß zwei Schritte gemacht, da fühlte er einen Schlag gegen die Brust. So kam es, daß er abjakte. Ein stechnort Edmerz fuhr ihm unter dem

Herzen durch. Er verlor sich aufzuraufen, sank aber kraftlos zurück. Und dann bot sich ihm ein graufiger Anblick: Die Araber bei der Arbeit. Bald würde auch die Reihe an ihn kommen. Nicht weit von ihm lag ein verwundeter Legionär; mit schreckhaften, unheimlich erweiterten Augen sah er einen baumlangen Araber auf sich zukommen. Ein keußliches Gekritze in den schwarzen Augen, ließ dieser seinen langen Dolch über dem armen Büschlein schweben — dann fuhr die blühende, vom Blut gerötete Klinge durch den Hals des sterbenden Legionärs.



Fiffi wurde es rot vor den Augen...

Fiffi wurde es rot vor den Augen. Er wollte fliehen, er wollte hülfen, aber ein lähmender Druck auf der Brust ließ ihn keinen Ton herausbringen.

Fiffi sieht den Araber auf sich zukommen. Furchterliche Angst schießt ihm die Augen, raubt ihm die Sinne. Doch er fällt noch, wie er an den Riemen seiner Patronentalen hochgezogen wird. Er fühlt auch noch den kräftigen Tritt, den ihm der Länge in den Hintern vorsetzt, wobei er ruff: „Muti!“ (tot).

Fiffi hört nicht mehr den Dolch in seinem Lederzeug knirschen. Er hört, auch nicht mehr das wiedererlösende, heftige Gewehrfeuer unweit der Schlucht, das Willen der zurückweichenden Marokkaner...

Und als er gegen Abend in der Ambulanz wieder erwacht, da wundern er sich, daß der Araber nicht auch ihm den Hals abgeknipst hat. Dessen ungeachtet ist er hellstrob, mit einem blauen Auge davon gekommen zu sein. Er ist der einzige Überlebende aus der Schlucht. Die anderen zwölf oder dreizehn sind „mut“!

Fiffi wurde in einem Flugzeug ins Hospital transportiert, er wurde wieder gesund. Er überlebte auch die übrige Lebenszeit als Legionär. Hoffentlich ist er heute noch der lustige Wiener.

gegen Frankreich. Das schlagen sie nur im grauen Nebel gloriofer Zukunftsträume. Da aber einmal „geschlagen“ sein soll, schlagen sie ein auf ihre deutlichen Stammesbrüder. Auf diese Weise wird die Reichheit Frankreich geschlagen...

Und dann streben sie nach Abschaffung der Zinsknechtschaft, gegen den unheimlichen Mamon und für „Sozialismus“. Zu diesem Zweck konferieren und pokulieren sie mit den Repräsentanten des Mammons, fühlen sich ihnen eng verpfichtet und preigen die, so nichts haben. Aber immerhin, sie nennen sich Arbeiterpartei. Und Proleten verprügeln Proleten. Die Reichen bleiben ungehoren. Sonderbare Arbeiterpartei und Zeitgenossen...

Da sind ferner die Brüder der linken Fakultät. Auch sie nennen sich gleich ihren Gleichbrüdern sozialistische Arbeiterpartei, sie nennen sich sogar die einzige Arbeiterpartei, genau so, wie überzeugte Anhänger der katholischen Kirche den Katholizismus als einzig und wahr verehren. Und auch sie schwören daß den Reichen, Dies „bemeinen“ sie durch die Last, indem sie die Gewerkschaften, in denen Professoren und Dozentinnen vereint sind zur Verbesserung und Hochhaltung ihrer Lebenslage, scharf bekämpfen und sie zu zerstören suchen. Auch sie tun den Reichen nichts. Wenn sie gleich ihren Brüdern von rechts dreinschlagen, dann ausschließlich auf Proleten...

Und dann predigen sie die Revolution. Revolution ohne Einschränkung im echten Heugabellinne. Und sie geben gelegentlich auf die Straße und machen ganz ernstlich Revolution mit obligater Barrikade und Dolch und Revolver. Und sie fordern zornentflammte ihre Gegner heraus. Aber wenn dann der Gegner auf das blutige Spiel eingetrit und sagt: „Nun schön, machen wir Revolution“ und führt er dann diese Barrikaden, dann schreien diese Revolutionäre: „O noch das ist Arbeitermord! So war das nicht gemeint!“ Und dabei hatten die andern das blutige Spiel nur er nst genommen.

Neuerdings hat man allerdings die Parole geändert. So etwas soll nun nicht mehr sein. Aber immerhin: Es gibt sonderbare Zeitgenossen... Zaef.

Um das Erbsgebürtsrecht.

Henne oder Ei, wer war zuerst auf der Welt? Eine Frage, bisher tausendmal gestellt und nie erspöndig beantwortet. Warum nicht? Weil alle Fragenden eine Antwort auf naturwissenschaftlicher Grundlage erwarteten. Während der letzten Sitzungen des HZV. spielte die Frage unter den Kollegen, die dazu verurteilt sind, Plenum zu sein, eine so erhebliche Rolle, daß sich zwei Parteien bildeten: Eine Henne- und eine Ei-Partei. Damit wurde die Sache reif zur Entscheidung. Wenn ein Verdict, auch ein frei vereinbarte Schiedsgericht, entschieden soll, so braucht es Beweise. Diese können in schriftlichen Unterlagen oder in beider eidenden Zeugnisaussagen bestehen. Die Streitenden einigten sich dahin, die Sache dem HZV. zur endgültigen Entscheidung zu übertragen. Formgerecht wurde der Fall in mehreren Anträgen vorgelegt.

Antrag 1a: Das HZV. wolle entscheiden: Es war zuerst die Henne da!

Antrag 1b: Das HZV. wolle entscheiden: Es war zuerst das Ei da!

Antrag 2a: Das HZV. wolle entscheiden: Henne und Ei sind ein Wesen!

Antrag 2b: Das HZV. wolle entscheiden: Die Henne ist ein Ding an sich und das Ei ist ein anderes Ding an sich!

Das HZV. kam zu folgender Entscheidung:

„Zu 1: Die Henne war zuerst da!“

„Zu 2: Henne und Ei sind ein Wesen insofern, als das Ei ein Teil der Henne ist!“

Begründung: Eine Zeugenvernehmung über den Streitfall war nicht möglich, da die etwa in Betracht kommenden Zeugen leider vor einiger Zeit gestorben sind. Es konnten darum nur die schriftlichen Unterlagen zur Urteilsfindung herangezogen werden. Im vorliegenden Falle also die Schöpfungsgeschichte des biblischen Schöpfungsgeschichte als Beweismittel ausgewählt. Unter der Voraussetzung der Wahrheit ihres Inhalts ergibt sich, daß der Schöpfer sowohl Menschen in Betracht kommen, zuerst den Mann Adam und dann aus dessen Rippe das Weib Eva geschaffen hat. Daraus ist zu folgern, daß der Schöpfer bei den sonstigen Lebewesen in gleicher Weise gehandelt hat. Demnach ist also zuerst der Hahn und dann die Henne geschaffen worden, während das zur Fortpflanzung des Hahneregeschlechts notwendig befruchtete Ei erst aus dem gemeinsamen Zusammenwirken beider entlassen konnte.

Das Ei kam aus der Henne, folglich ist es ein Teil von ihr. Der Einwand der einen der streitenden Parteien, daß nach dieser Logik das Ei auch ein Teil des Hahnes sei, sowie der weitere Einwand, daß nach dieser Logik der aus dem ersten Ei entstandene Hahn aber die aus diesem ersten Ei entstandene Henne ein Teil der allerersten Henne seien und demzufolge alle weiteren Eier, Hähne und Hennen, sind heute abzumachen, als das Berechtigung dieser Einwände dahingestellt bleiben, da aber hier nur über die gestellten Anträge zu entscheiden ist, war wie gesehen zu erkennen.

Es bleibt der unterlegenen Partei vorbehalten, ob sie zukünftige Anträge im Sinne ihrer Einwände stellen will. Damit haben also Juristen in geradezu glänzender Weise eine Frage geklärt, die Freunden der Naturwissenschaftlich mehr als tausend Jahre Kopfzerbrechen verursacht!

Der kleine Vorkämpfer.

Tim, Söhnchen eines der hartnäckigsten Vorkämpfer der Trockenheit, kommt eines Tages ohne Schuhe und Stämpfchen nach Hause. Tim erklärt, er habe einen Propaganda gegen den Alkohol mitgemacht und dabei eine Tafel getragen.

„So ist's recht!“ sagt der Papa und streichelt Tims Wuschelkopf. „Und was stand auf der Tafel?“
„Da stand darauf: Weil mein Vater ein Säufer ist, habe ich keine Schuhe und Stämpfchen...“

Sonderbare Zeitgenossen.

Es gibt sonderbare Zeitgenossen! Da sind die Männer vom Hahnkreuz. Sie schwören für Deutschlands Erneuerung. Und die „rauben“ Kämpfer der SW. singen tagtäglich mit ureinfacher Berberkennur: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“ Und entsprechend diesem rauhen Barbengsang „Schlagen“ sie, sie schlagen mit Köpfelein, mit Schlagringen und Stahlruten und „arbeiten“ zur Abwechslung auch mit Messer und Revolver. Aber ihr urentonißer Zorn und ihre unermüddliche Tatkraft richten sich nicht

Wie kannst du siegen?

Nicht mit blinder Zorneskraft
Sollst du vorwärts türmen,
Leidst kann wilde Leidenschaft
Hindernisse türmen!
Aus Verzogn' nem mußt du schließen
Und die Gegenwart verstehen,
Dann wird dir Verstandnis sprächen;
Dann wirst du die Wahrheit sehen!
Sieg ist dir erst dann verblüht,
Wenn die Wahrheit du erkannt hast,
Wenn Erkenntnis in dir wirkt
Und mit Klarheit du erkannt hast
Alles das, was schlechtestes ist,
Aus dem Herzen, aus dem Hirn,
Dann erst liegt, dann rechtens ist —
Sieg wird nur der klaren Stirn!

Jederzeit mußt du bereit sein,
Wenn es gilt, fest zugreifen,
Oftmals aber auch geschickt sein,
Um, wenn nötig, nachzulassen;
Klug gedämpte Leidenschaft
Sichert das Gesamtgelingen,
Weisheit, streng gepaart mit Kraft,
Kann allein den Sieg erzinnen! Zaef.

An alle „Grundstein“-Bezieher und Verbreiter!

Die Auflage des „Grundstein“ ist gegenüber der Mitgliederzahl zu hoch. Deshalb ergeht an alle „Grundstein“-Bezieher und Verbreiter das Ersuchen, die Anzahl der benötigten „Grundstein“-Exemplare auf die zulässige

Mindestzahl

herabzusetzen! Große Summen können dadurch gespart werden! Meldet der Expedition des „Grundstein“ unverzüglich die Anzahl der wirklich benötigten Exemplare!

Aus den Baugewerkschaften

Wiesbaden. Nach § 5 Ziffer 11 Abs. 1a des RTG muß der Unternehmer dem Arbeiter in bestimmten Fällen den Lohnausfall für den ersten Krankheitsstag ersetzen; vom Lohn werden die Leistungen, die der Arbeiter aus der Sozialversicherung erhält, abgezogen. Danach ist es doch wohl so, daß es sich bei den Leistungen aus der Sozialversicherung um solche handeln muß, die für den ersten Krankheitsstag gezahlt werden. Das Baugewerk hat den Antrag gestellt, daß die Leistungen, die dem Arbeiter diese ersten Krankheitsstages schon dann fortfallen, wenn überhaupt Leistungen aus der Sozialversicherung gewährt würden; ganz gleich, ob erst vom 4. Tage an oder nach Ablauf einer Woche. Es sei nach dem Tarifverträge nur zu prüfen, ob Leistungen aus der Sozialversicherung gewährt würden, sagt Wehler. Nachdem die Schlichtungskommission angegangen worden war zur Entschcheidung, lenkte Wehler ein und beschloß: Das ist ganz Wehler!

Dortmund. (Zahlfelle Eckenheim.) Im Januar konnten die Kollegen Alfred Gebauer, Reinhold Fehle und Peter Willems auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. In einer bescheidenen Feiernstimmung beglückwünschte im Namen der Baugewerkschaft und der Bezirksleitung Kollege Muff die Jubilare und überreichte ihnen Ehrenurkunde und Silbernadel. Die jüngeren Kollegen erwähnte er, den alten Kollegen nachzusehnen. Das Banner soll stehen, wenn der Mann auch fällt!

Oleisch. (Skandalöse Zustände in Deschowitz.) In Deschowitz (Kreis Groß-Strehlitz) wird eine neue Kaserne gebaut. Bei den dabei Beschäftigten, die besonders aus den ländlichen Gebieten kommen, ist für die Organisation sehr schwer. Fuß zu lassen; trotzdem ist ein großer Teil der Facharbeiter bei uns organisiert. Tariflöhne werden hier den Hilfs- und Tiefbauarbeitern überhaupt nicht gezahlt. Trotzdem der Tariflohn der Hilfsarbeiter nur 67 1/2 und der Tiefbauarbeiter 47 1/2 je Stunde beträgt, werden Löhne von 40 bis 55 je Stunde gezahlt. Alles das nehmen diese Arbeiter hin, nur um die Verbandsbeiträge zu sparen. Die Hauptursache der Lage ist das Bestehen von Baugewerkschaften. Die großen Firmen sind — hauptsächlich nicht mehr die Abnehmer der Waren, sondern in Deutschland das Eisen. Nachdem die untere Grube voll bis oben an sichgeht, hat man 80 Zentimeter höher ein weiteres Brett angeschlagen und, damit sich der Arbeiter nicht den Kopf einrückt, oben das Dach abgenommen, so daß der Mann vom zweiten Stock aus, nachdem er mit seiner Angelegenheit fertig ist, seinen Arbeitsanfang sehr schön betrachten kann. Die ganze Baugewerkschaft, die augenblicklich noch auf mindestens 500 Mann geschätzt wird, verachtet ihre Notdurft auf freiem Gelände, sie hält auch ihre Mittags- und Frühstückspause draußen im Freien ab. Wir sind gespannt, was der Herr Regierungspräsident zu diesen Zuständen sagen mag. Die Arbeiterchaft aber sieht ruhig zu, bemerkt all diese Mängel und tut sich nur aus über freie Gewerkschaft, SPD und Rotverordnungen. Das ist heutzutage kommunistische RWD-Logik!

Rüftingen-Wilhelmshaven. (Streikflug unter Führung der RWO.) Unter dieser Überschrift brachte die kommunistische „Bremser Arbeiter-Zeitung“ Nr. 15 einen Artikel über einen „erfolgreichen Streik der Bauarbeiter“, der bei Firma Müller in Wilhelmshaven unter angeblich „fielgereicher Führung der RWO.“ Nach der Mitteilung der „A.“ war das überraschende Ergebnis des „weisseländigen streikenden Streikes, unter RWO-Führung“: 1. Wiedereinstellung des entlassenen Arbeiters. 2. Der Unternehmer Müller verzichtet auf die Durchführung des „Rotverordnungslohnabbaues“. 3. Den Arbeitern wird eine Lohnerhöhung von 4 M je Woche bewilligt. Dieser Streikerfolg spukt leider nur in den Köpfen der RWO-Führer. Wahr ist hieran kein Wort. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Die Lohnfrage spielte bei der Arbeitsminderung der Baugewerkschaft überhaupt keine Rolle. Am 14. Januar bekam ein Arbeiter, der etwa 24 Jahre bei Müller beschäftigt war, Streit mit dem Bauleiter. Dieser stellte den Arbeiter zu wenig geschäftig. Dieser stellte den Bauleiter zur Rede, der in die Enge getrieben, den Vorwurf der Faulheit auf einen ebenfalls dort beschäftigten Schichtmeister schob. Der Schichtmeister bestritt energisch, irgend etwas über die Faulheit des Arbeiters zu dem Bauleiter gesagt zu haben. Wegen der Äußerungen des Bauleiters stellte ihn der Arbeiter nochmals zur Rede. Der Arbeiter und mit ihm der Vertrauensmann, weil dieser angeblich für den Arbeiter Partei ergreifen und den Schichtmeister beleidigt hätte, wurden entlassen. Am anderen Morgen erklärte sich die gesamte Baugewerkschaft zu ihrer Ehre sei es gesagt, mit den beiden entlassenen Arbeitern solidarisch und nahm die Arbeit nicht wieder auf. Eine Verhandlung mit dem Bauleiter um Wiedereinstellung war erfolglos. Nachdem der Arbeiter der Baugewerkschaft erklärt hatte, er lehne es ab, wieder auf der Baustelle dieses Bauleiters zu arbeiten und daß seine Kollegen die Leute die Arbeit wieder aufnehmen könnten, erklärte sich der Vertrauensmann bereit, in Anbetracht der schlimmen Verhältnisse und in Interesse aller Beschäftigten — es sind ausnahmslos Wohlstandsunterstützungspolier der Stadt Wilhelmshaven — die Baugewerkschaft gegenüber dem Schichtmeister zurückzunehmen, wenn die Baugewerkschaft geschlossen, also auch der Vertrauensmann, die Arbeit wieder aufnehmen könnten. Diesem Vorschlag wurde

vom Schichtmeister und vom Bauleiter zugestimmt und die Arbeit wieder aufgenommen, mit Ausnahme des ersten Arbeiters, der freiwillig verzichtet hatte. Die Lohnfrage hat bei diesem Streik überhaupt keine Rolle gespielt, ist auch bei den Verhandlungen nicht erwähnt worden. Müller hatte, wie alle übrigen jacobinischen Bauunternehmer, auf Anweisung des Arbeitsvertrages vom 1. Januar den Lohn der Tiefbauarbeiter, entgegen der Rotverordnung, um 15 bis 20 % abgebaut und je Stunde 7 1/2 ausgezahlt. Gelegentlich einer Aussprache mit Herrn Müller wurde ihm gesagt, daß der Lohn nicht 7 1/2, sondern 8 1/2 für Tiefbauarbeiter in Wilhelmshaven betrage. Dieser Lohn von 8 1/2 ist dann auch ausgezahlt worden. — Wegen eines Unterstützungsfahrten des entlassenen Arbeiters gegen das Arbeitsamt wurde die protokollierte Aufnahme des oben geschiedenen Streikfalles durch eidstattliche Interdikt von drei dort beschäftigten Arbeitern (Unorganisierten) anerkannt. Mit dieser Feststellung dürfte die unmaßige Berichterstattung über den „fielgereichen zweifelhafte Streik unter der Führung der RWO.“ bei der Firma Müller genügend gekennzeichnet sein. Den Tiefbauarbeitern rufen wir zu: „Nach endlichem Schluß mit eurem Indifferenzismus, schließt euch zusammen im Deutschen Baugewerksbund, dann werden es wüßgewordene Bauarbeiter und Bauunternehmer, nicht wegen, auch den Vorwurf der Faulheit zu machen.“

Wiesbaden. (Zahlfelle Eckenheim.) Seit Gründung der Zahlfelle Eckenheim der Zentralkrankenkasse am 18. März 1905 führte der Kollege Reinhold Spillhoff das Amt des Kassierers aus. Während seiner jahrelangen Tätigkeit hat sich Spillhoff das Vertrauen des Vorstandes und in ganz besonderem Maße das der Mitglieder in Eckenheim erworben. Wir danken dem Kollegen für seine treue Pflichterfüllung und wünschen ihm baldige Genesung von seinem vor kurzem erlittenen Unglücksfall.

Aus den Fachgruppen

Bau-Werkmeister. Erfolgreiche Verhandlungen um eine Einheitsorganisation der Bau-Werkmeister. In dem Bericht von der Konferenz des Bundesbeirats in Nr. 5 des „Grundstein“ wurde bereits kurz erwähnt, daß die Verhandlungen mit dem Polierbund über eine Einheitsorganisation der Bau-Werkmeister als vorläufig aussichtslos eingestellt sind. In der Februarnummer des „Bau-Werkmeister“ (Mittellungsblatt unserer Reichsfachgruppe der Bau-Werkmeister) wird ausführlich über den Verlauf der Verhandlungen und ihr Ergebnis berichtet; die interessierten Kollegen seien darauf besonders verwiesen.

Dachdecker. Die neuen Löhne. Die auf Grund der Rotverordnung im Dachdeckergerwerbe geführten Verhandlungen sind nunmehr bis auf zwei Bezirke abgeschlossen. Bekanntlich werden die Löhne bei den Dachdeckern dadurch gebildet, daß der Maurerlohn als Grundlohn betrachtet wird, worauf sich dann prozentuale Zuschläge aufbauen. Nach Abschluß des Dachdeckervertrages sind diese Zuschläge nun noch als Abgeltung bestimmter Vordruckleistungen betrachtet worden; um nur einige zu nennen: Werkzeugzulagen, Ver-

gütung für Leer- und Schmutzarbeiten, Abfassung des § 816 ufm. Bis zum Jahre 1928 erreichte dieser Lohnvorsprung im Gesamtdurchschnitt etwa 4%. Er stieg seitdem zum Höchstmaß in München mit 18% bis hinunter nach Mecklenburg-Strelitz; dort wurden 6% festgesetzt. Im Jahre 1928 hatte diese Prozentbewegung einen gewissen Abschluß erreicht. Es wurde damals vereinbart, daß der Lohnvorsprung nunmehr als ein fester Satz betrachtet werden sollte, so daß später — ganz gleich ob die Löhne hinauf oder hinunter gingen — an dem im Jahre bestehenden Lohnvorsprung festgehalten werden sollte. Damit sollten die Arbeiter zum Ausdruck gebracht, daß sie dem Verlangen der Unternehmer, diese prozentuale Zulage nicht ins Herföhre madßen zu lassen, die Rechnung fragen wollten. Im Jahre 1931 unternahmen die Dachdeckermeister aber trotzdem einen Generalangriff auf diesen Abschluß. Mit Hilfe der Schlichter, die ja gerade 1931 altjüngere genelt waren, den Unternehmern entgegenzukommen, wurde dieser Lohnvorsprung in allen Bezirken im Durchschnitt fast um 3% heruntergedrückt. Nachdem nunmehr die vierde Rotverordnung die Löhne auf den Stand vom 10. Januar 1927 heruntergesetzt wissen wollte, trat bei den Dachdeckern die merkwürdige Erscheinung zutage, daß die Unternehmer zwar die geringeren Löhne von 1927, wie sie im Baugewerbe bezahlt wurden, auch für sich reklamierten, aber mit den inzwischen abgebauten Zuschlägen von 1931. Unsere Kollegen wollten sich auf den Standpunkt stellen, daß es doch nicht gehen könne, vor die wesentliche abgebauten Löhne des Baugewerbes zu übernehmen, zugleich aber auch den inzwischen fertig geschaffenen Lohnvorsprung. Das hätte in allen Fällen bedeutet, daß der Lohn im Dachdeckergerwerbe mindestens um vier bis fünf Pfennige unter den Stand vom 10. Januar 1927 gefallen wäre. Wegen dieser Absicht der Unternehmer wandten sich unsere Kollegen auf der ganzen Linie, zum Teil mit gutem Erfolg. In den Bezirken Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein und Bayern gelang es, durch Schiedsspruch des Schlichters den Stand der Löhne mit den Zuschlägen von 1927 zu erreichen. In Rheinland-Westfalen, Württemberg und Baden entschied der Schlichter, daß die Zuschläge nur nach dem niedrigen Stand vom Jahr 1931 gezahlt werden. Im Bezirk Pommern kam eine freiwillige Vereinbarung zustande, die die Mitte zwischen 1927 und 1931 hielt. Rechnerisch gesehen und insbesondere mit Rücksicht darauf, daß der große Bezirk Rheinland-Westfalen sehr erheblich durch Schiedsspruch unter den Stand vom Januar 1927 heruntergedrückt wurde, ist das Gesamtdurchschnittsergebnis nicht sehr groß. Während wir vor der Rotverordnung rund 6% über den Maurerlohn erhielten, ist durch die Bewegung im Januar 1932 der Lohnvorsprung auf etwa 7% gesunken, was ein Minus von 2% gegenüber dem Stand vom Dezember 1927 bedeutet. — Betrachten wir die Löhne als ganzes, so ergibt sich heute ein durchschnittlicher Stundenlohn von 1,18 M. Der Gesamtlohn der Löhne verglichen mit dem Schichtlohn im Jahre 1930, wo sich der Durchschnittslohn auf 1,41 M. berechnen läßt, beträgt demnach heute 25 1/2 je Stunde. Das ist den Unternehmern aber noch längst nicht genug! In einem Kundgebungsschreiben bringen sie zum Ausdruck, daß sie bei diesen Löhnen nicht mehr konkurrieren könnten; sie wollen gänzlich von den tariflichen Schichtarbeiten los. Wir glauben sehr ohne Rücksichtvertrag besser zu fahren. Dazu ist allerdings noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Politische Zeitnotizen

Reichspräsidentenwahl. Ein Ausfuss, benannt nach dem Berliner Oberbürgermeister Gohn, ist zur Zeit bemüht, Hindenburg zu veranlassen, für die diesjährige Reichspräsidentenwahl wieder zu kandidieren. Er soll ein von allen Parteien unabhängiger, überparteilicher Kandidat sein. Deshalb hat der Gohn-Ausfuss über 2 Millionen Unterschriften gesammelt (20 000 werden genügen), um den jetzigen Reichspräsidenten zu ersuchen, die Kandidatur wieder zu übernehmen. — Siller ist, trotz seiner Blamage wegen der mißglückten Schiebung zum Parteibund-Bundratskommissar, entschlossen, nach Erwerb der deutschen Staatsbürgerchaft — die er noch nicht besitzt — zu kandidieren.

Reichspräsidentenwahl und SPD. Der sozialdemokratische Parteiausfuss hat dem Parteivorstand die Vollmacht erteilt, für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl im gegebenen Augenblick die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Zentrum will keine Reichsregierung unterstützen. Die führenden Zentrumskreise, die über die verschiedenen Freizeiten, haben allen maßgebenden Stellen der Reichsregierung bis zur obersten Spitze wissen lassen, daß für das Zentrum die Unterstützung einer Reichsregierung nicht in Frage komme, falls sie etwa von irgend jemand im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl erbetet würde. Diese Abschnung gälte auch für die mangmal erörterte Idee, eine Reichsregierung unter Führung Oroners zu bilden.

Austrüstungskonferenz. In Genf ist die große Weltabstimmungskonferenz eröffnet worden. Die Delegiertenliste umfaßt die Vertreter von 64 Staaten, davon zehn Nichtmitgliederstaaten des Völkerbundes, worunter sich Sowjetrußland befindet. In seiner Eröffnungsrede wies der Präsident der Austrüstungskonferenz, Arthur Henderson, Führer der englischen Arbeiterpartei, darauf hin, daß die Wortführer von 1700 Millionen Menschen versammelt seien. Niemals habe es eine Konferenz in der Geschichte gegeben, die eine dringlichere und für die Menschheit wohlwollendere Aufgabe hatte als diese. Man gedenke sich keinen Mühsen hin, man müsse aber den Entschluß fassen, sie zu überwinden und Wege zu schaffen, um der Menschheit neue Aufgaben zu eröffnen. — Die Konferenz begann ohne feste Tagesordnung. Nach Auffassung des Präsidenten besteht ihre Aufgabe in drei Punkten: 1. Ein gemeinsames Abkommen über ein wirksames Programm praktischer Vorschläge, um so schnell wie möglich eine wesentliche Herabsetzung und Beschränkung der Rüstung aller Länder zu erreichen. 2. Reinerliche Rüstungen außerhalb des jetzt feststehenden Rahmens des Vertrages, durch den sich alle Nationen verpflichten, das große Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen. 3. Sicherung der weiteren Arbeiten, das endgültige Ziel zu erreichen auf dem Wege ähnlicher Konferenzen, die in kurzen Zeitabständen zusammenzutreten

sollen. — Henderson schloß seine Rede mit den Worten: „Gegenwärtig kann es nur eine Gleichheit der Rechte für jede Nation in der von uns gebauten freien Gesellschaft der Völker geben. Es kann nur die Brüderlichkeit aller Völker geben, die in Zukunft nicht mehr Feinde, sondern treue Freunde sein werden. Es kann jetzt nur die Freiheit für jedes Volk geben, sein Leben ohne Furcht vor Ungleichheit, vor Bedrückung oder Krieg leben zu können. Laßt uns die große, uns auferlegte Aufgabe in Angriff nehmen. Laßt uns Entscheidungen fällen und die Nationen den ersehnten Höhen entgegenführen!“

Gegen den japanischen Imperialismus. Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben an die Adresse der Abrüstungskonferenz einen Protest geschickt, in dem es u. a. heißt: „Die Sozialistische Arbeiterinternationale und der

Die Eiserne Front im Angriff!

In Düsseldorf hat Hitler sein Bündnis mit der Hugenberg-Schwerindustrie erneuert. Hitler soll bei der Reichspräsidentenwahl

der Kandidat der Harzburger Reaktion sein. Die Rückschrittler und Arbeiterverächter von Hugenberg-Schacht bis zu Selde und den Hohenzollernknaben Eitel-Schieberich und Prinz Auwi wollen Preußen für sich zurückerobern. Die

Preußenwahlen werden entscheidend sein für Republik und Arbeiterschaft. Die

Hitler-Hakenkreuz-Hugenberg-Harzburger-Reaktion muß bei den diesjährigen Wahlen

ein für allemal erledigt werden.

Stärkt die Säulen der Eisernen Front: die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner und die Arbeitersportbewegung. Denkt immer daran:

Entscheidungsjahr 1932!

Internationale Gewerkschaftsbund können nicht dulden, daß die Abrüstungskonferenz ohne Protest gegen den Überfall Japans auf China eröffnet werde. Die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit dem Überfall Japans auf China haben die Gefahr eines Weltbrandes heraufbeschworen. Solange Japan in der Mandchurie vorliege, haben die Großmächte nichts getan, um ihre Pflicht zu erfüllen, sie haben es nicht gewagt, ihren Verpflichtungen aus dem Völkerbündnis, dem Kellogg-Pakt und dem Neun-Mächte-Abkommen nachzukommen. Sie hätten Japan zwingen müssen, seinen imperialistischen Angriff auf China einzustellen. Aber der Völkerbund war machtlos, weil die Großmächte, die ihn beherrschten, es so gewollt haben. Die S. D. und der I. O. W. erklären: 1. Die kapitalistischen Regierungen haben, indem sie nicht eingriffen, um dem Raubzug der Japaner auf die Mandchurie Einhalt zu gebieten, die Mißsicht an den gegenwärtigen Ereignissen auf sich geladen. 2. Die Regierungen der kapitalistischen Länder verfügen über ausreichende wirtschaftliche und finanzielle Mittel, um Japan zur Innbehaltung der Verträge zu zwingen. Es sei dieser Mittel so oft zur Niederschlagung revolutionärer Bewegungen bedient hat, nicht einmal versucht hat, sie gegen Japan anzuwenden. Die beiden Internationalen fordern die Parlamentsfraktionen der angeschlossenen Parteien auf, in ihren Parlamenten die Frage der Lösung bestehender Verträge aufzuwerfen und zu verhindern, daß Staatsangehörige ihrer Länder den Krieg fördern, indem sie Waffen und Kredite an die Angreifer liefern. 3. Schließlich erinnern die beiden Internationalen die Regierungen der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes daran, daß im Rahmen des Völkerbundes und mit den Methoden, die seine Satzung vorsieht, Aktionsmöglichkeiten gegeben sind, daß, wenn sie dies nicht tun, die Anschuldigung berechtigt ist, daß sie in dieser tragischen Lage ihre eigenen Interessen und Privilegien in China verteidigen. 4. Nicht diese Interessen und Privilegien, sondern die Unversehrtheit des gesamten chinesischen Gebietes und die Achtung der Verträge gilt es zu verteidigen.

Eine Völkerbundarmee. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf machte Frankreich den Vorschlag, eine Völkerbundarmee zu bilden. Das im Völkerbund verkörperte Recht soll künftig nicht des bewaffneten Armes entbehren, der ihm Geltung verleiht. Der Schwache soll ruhig schlafen können, weil die Gemeinschaft der Völker für seinen Schutz sorgt. Eine Völkerbundarmee, gedacht als Schutzpunkt einer Totalabrüstung, wäre zu begrüßen. Leider denkt die Welt, besonders auch Frankreich, noch nicht an völlige Abrüstung. Wenn auch der Gedanke einer Völkerbundarmee nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, so scheint uns diese Armee doch ein besserer Friedenssicherungsfaktor zu sein als sämtliche nationalen Armeen. Der Weltkrieg hat gezeigt, daß starke nationale Armeen keine Sicherheit des Friedens, sondern eher das Gegenteil bedeuten. Die Befestigung der nationalen Armeen ist Voraussetzung der Schaffung einer Völkerbundarmee.

In Klagen werden Gewerkschaften verboten. Der braunschweigische Regierungspräsident verfügte die Aufhebung des Landesverbandes der Polizeibeamten. In einer mit seiner Protektion der organisierten braunschweigischen Beamten wurde die sofortige Aufhebung des Landesverbandes, weil es verfassungswidrig ist. Das Verbot einer Gewerkschaft ist ein Vorgang, der im Deutschen Reich seit 1890 noch nicht vorgekommen ist. Kein Minister faßte in republikanischer Deutschland die Koalitionsfreiheit der Beamten an. Das blieb Klagen vorbehalten. Der Deutsche Beamtenbund hat beim Reichsinnenminister Beschwerde eingeleitet. — Herr Klages hat etwas vorzeitig die Maske gelassen und den Arbeitern gegen sich den Dritten Reich zu erweisen. Der Deutsche Beamtenbund ist keine freigezwungene Organisation und auch keine radikale Organisation. Danach kann man ermeinen, wie es den freien Gewerkschaften unter Hitler gehen wird.

Abolf Hiltner, Gendarmeriekommissar von Hildburghausen. Schließung! Schließung! so hallt es tagtäglich aus dem Nazi-Wäfflerwald. Nun sind die Hiltnerianer einer der ordentlichsten Schließungen aller Zeiten entlarvt. Was sich im vorigen Jahre in Thüringen unter Frick ereignete, ist eine Kopie des hier getriggerten Schließens. Schluß Frick, der „Hauptmann von Köpenick“, verfügte über mehr Intelligenz als der Heimatkrieger Frick und der österreichische Delegiert Adolf Hiltner aus Braunau. Was liegt vor? Der frühere Innenminister Frick hat dem „Frontkämpfer des Westkrieges Adolf Hiltner“, die deutsche Staatsbürgererschaft erschrieben wollen. Zu diesem Zweck sollte Adolf zum hiltnerischen Gendarmeriekommissar in Hildburghausen bestellt werden. Natürlich sollte er dies Amt nicht annehmen, sondern lediglich die Bestatigung eines negativen Beschlusses, weil die Verleihung der Staatsbürgererschaft, automatisch die Staatsbürgererschaft zur Folge hat. Schon am Tage nach Empfang der Bestatigungsurkunde sollte Hiltner seine Entlassung aus dem Staatsdienst, den er nie ausübt hat, beantragen. Einen würdevolleren Schacher mit Staatsämtern hat es nie gegeben. Lediglich zum Zwecke der Einbürgerung von Desertern und Staatsfeinden staatspolitische Lerner zu vergeben — noch dazu pro forma — das blieb der Edeltraute von Hiltner bis Goebbels vorbehalten. Durch diese Affäre ist „der Führer Adolf Hiltner“ bis auf die Knochen blamiert. Der Führer jeder anderen Partei müßte daraus die Konsequenzen ziehen und verschwinden. Aber bei den Nazis ist das nicht nötig. Die Nazi-Partei, als größte Partei für die Wahrung kapitalistischer Interessen, kann „Führer“ wie Hiltner vertragen. Nur diese Partei! Daß mit der Aufdeckung dieser Schieberlei die Reichspräsidentenwahl von Adolf Hiltner nicht nur nicht ganz sicher, sondern mit der Einbürgerung dieses Staatsfeindes muß gerechnet werden.

Groener legalisiert Nazis. Während die Republikaner gegen die nationalsozialistische Gaulei aufkamen, hat Herr Groener als Reichswirtschaftsminister nichts Besseres zu tun gewagt als die Einfüllungsbestimmungen für den Eintritt in die Reichswehr dahin abzuändern, daß nunmehr die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei kein Hindernis für die Einstellung in die Reichswehr mehr ist. Ledig-

lich die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei macht den Eintritt in die Reichswehr unmöglich. Diese ablatende befreiende Maßnahme Groeners wird zur Folge haben, daß die Einstellungsquote der Reichswehr demnach nur noch Nazis einstellen werden. Sie werden sich nicht darum kümmern, ob die sich bewerbenden Nazis an Strafgerichten oder Putschverurteilungen — diese sollen nach dem Willen Groeners nach wie vor dem Eintritt in die Reichswehr ausgeschlossen sein — teilgenommen haben. Auch wird die Mehrheit der Reichswehroffiziere nicht an nationalsozialistischen Bestrebungen oder Reichswehrrangebühren Anstoß nehmen. Die neuen Maßnahmen Groeners stehen unseres Erachtens im Widerspruch zu seinen Behauptungen, daß er in seiner Politik eine gerade Linie befolgen wolle. Auch sonst ereignen sich merkwürdige Dinge. Reichskanzler Brüning prüft sich zusammen mit dem Erzkronprinzen General Geßler. Wenn man auch die politischen Fähigkeiten des Erzkronprinzen nicht allzu hoch einschätzen und von diesem Schwächling nichts zu befürchten braucht, so ist in dieser Zeit das Frühstück doch eine wenig glückliche Angelegenheit. Leberhaupt haben die meisten der zur Zeit regierenden Staatsmänner nicht das richtige Gefühl dafür, was sie der Republik schuldig sind.

Neu Bände Jakenkreuzer. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat seinem ersten Band über den Terror der Nazis weitere acht Bände folgen lassen und sie durch Genossen Wels dem Reichsinnenminister Groener überreicht. Das Material über den Terror der Jakenkreuzer — Nord, Gewalttaten, Verbrechen — ist sorgfältig kontrolliert. Dem Reichskanzler und dem preußischen Innenminister sind ebenfalls Stücke dieser Druckschrift übergeben worden. Eine gedrängte Inhaltsübersicht bringen wir demnächst.

Allgemeine Rundschau

Wochensatz der Jubilar Werner. Zur vorigen Nummer ging es in letzter Minute im Scheinwerfer. Wir trauten dem „Handbuch des Vereins Arbeiterpresse“, verfahren schnell unsere Notiz über Werner und gaben sie in Druck. Das „Handbuch“ hat uns angelegen. Philipp Werner wurde am 1. Februar 1907 zunächst im Zweigverein Mainz als Geschäftsführer des Bauhilfsarbeiterverbandes angestellt. In diesem Amt verblieb er auch nach der Übernahme mit dem Maurerverband. Im April 1911 wurde er dann als Organisationsleiter des Zweigvereins Stuttgart nach dort versetzt. Philipp Werner wurde mit seiner Vertiefung beauftragt. Erst nach der Kriegsendung wurde er definitiv als Bezirksleiter eingestellt. — Dies zur Richtigstellung. Das „Handbuch“, das uns den Streich gespielt hat, Philipp Werner schon vom 1. Februar 1907 an zum Bezirksleiter zu ernennen, haben wir, da es sich schon in anderen Fällen als unzuverlässig erwiesen hat, endgültig dem Papierkorb einverleibt. Für unsere Leichterheit, dem nunmehr verfassten „Handbuch“ einmal ausnahmsweise gestraut zu haben, bitten wir den Jubilar und die große Öffentlichkeit um Entschuldigung.

Herabsetzung der Gebühren für die Siebelausweise. Der Vorstand des D. O. B. hatte sich in einer Eingabe an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gemeldet, um die Aufhebung der sehr hohen Gebühr von 1 M für die Ausstellung der Ausweise zur Erlangung der ermäßigten Siebelausweise. Die Karte für Arbeiterlose und Kurzarbeiter zu erreichen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat am 11. Januar gentliche Rückmeldung auf die zu erwartenden Unzulänglichkeiten und Berufsfragen müssen wir zu unserem Bedauern davon absehen, die Gebühr für Ausstellung der Bescheinigungen herabzusetzen und die von den Arbeitlosen und Kurzarbeitern ganz zu erlassen. Wir haben jedoch die Gebühr bereits mit Wirkung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober 1932 für alle Kleingärtner von 1 M auf 50 P herabgesetzt.

Zementkrisis 1931. Die zu Beginn des Jahres 1931 einsetzende Angriffe gegen eine Fortsetzung der Bautätigkeit haben dem Baujahr 1931 das Gepräge gegeben. Die Folge war ein Rückgang in allen Zweigen der Bauwirtschaft, der weit über den der übrigen Wirtschaft hinaus-

ging. Der Zementabsatz des Jahres 1931 ist dafür symptomatisch: Den 7 Millionen Tonnen des Jahres 1929 und den 5,5 Millionen Tonnen in 1930 stehen nur noch 3,7 Millionen Tonnen im Jahre 1931 gegenüber; das bedeutet einen Rückgang um 38% gegen 1930 und um 47% gegen 1929. Der Dezemberabsatz 1931 von 109 000 Tonnen ist sogar nur noch rund halb so hoch wie der im Dezember 1930, der sich auf 215 000 Tonnen belief. Auch die Ausfuhr an Zement zeigte 1931 eine stark rückläufige Entwicklung: Vom Januar bis November wurden einschließlich Reparationsleistungen nur noch 546 000 Tonnen ausgedeuert gegenüber 694 000 Tonnen im gleichen Zeitraum 1930. Die Ausfuhr für 1932 ist um so früher, als der Verlust des holländischen Absatzmarktes zu befürchten steht, nachdem durch den ruinösen englischen Wettbewerb die mit Belgien und Holland getroffenen Vereinbarungen aufgehoben werden mußten.

Mädchen in Uniform. Wir sind, so mag man sagen, kein Erziehungsinstinkt für Mädchen aus „aufem Stande“, auch keine Kritikerin, die über solche Erziehungsanstalten urteilen müssen, trotzdem lieh hier auf den Film „Mädchen in Uniform“ aufmerksam gemacht. Er schildert ein Pensionat für Mädchen aus „besseren Hause“, zeigt die Mädchen um vierzehn herum; die Erzieherinnen, die Oberin, die Zustände, die so eindringlich und nachvollziehbar, daß auch wir, die wir unsere Kinder nicht in Pensionatslöcher können, fragen müssen: Ereignet sich Gleiches nicht auch in unseren Familien, in unseren Familienheimen, in unseren Gemeinwesen? Gibt es nicht auch hier Zwänge, die in falscher Erziehung ihre Ursache haben, die zurückzuführen sind auf Rechtsabert und Vormangelsucht, auf nicht vorhandenes pädagogisches Bewußtsein? Es gibt sie, viel häufiger sogar als wir meinen. Und darum sollten alle, die Erziehungsfragen ihre Aufmerksamkeit widmen, diesen Film sehen.

- ### Gedenktafel verstorbener Mitglieder.
- Mausberg, Josef Ebenberger, Hilfsarbeiter, 50 Jahre alt. Baugen. (Reinholdschütz), Wenzel Cerweny, Mr. 53 J. Danzig, Heinrich Pechok, Bauhilfsarbeiter, 45 Jahre alt. Gustav Ratzki, Maurer, 44 Jahre alt. Dresden, Franz Hoyer, Töpfer, 55 Jahre alt. August Klamm, Blaser, 53 Jahre alt. Karl Rind, Diefener, 75 Jahre alt. (Barmweih) Bruno Schmidt, Maurer, 27 Jahre alt. (Wedding) Hermann Wagner, Maurer, 59 Jahre. (Kloppje) August Walther, Maurer, 79 Jahre alt. Ernst Otto Ramshagen, Maurer, 72 Jahre alt. Frankfurt/M. (Seidenberg) Karl Hahn, Mr. 59 J. Gera. (Vermuth) Edwin Roth, Maurer, 45 Jahre alt. Halle. Bruno Voigt, Arbeiter, 38 Jahre alt. Hannover. Fritz Jeter, Maurer, 75 Jahre alt. Heinrich Koch, Maurer, 59 Jahre alt. Hildesheim. Heinrich Albrecht, Hilfsarbeiter, 71 Jahre. Karlsruhe. (Söhlingen) Josef Elms, Maurer, Bol. 62 J. Kiel. Peter Peters, Hilfsarbeiter, 38 Jahre alt. Koblenz. (Worthagen) Nik. Eiden, Maurer, 65 Jahre. (Bay.) Josef Floß, Maurer, 70 Jahre alt. Leipzig. Otto Donau, Maurer, 79 Jahre alt. Richard Gröbel, Hilfsarbeiter, 72 Jahre alt. Paul Schubert, Maurer, 57 Jahre alt. Karl Weser, Hilfsarbeiter, 43 Jahre alt. Meilen. (Wolz) Robert George, Maurer, 55 Jahre. Nordheim. Gustav Köber, Maurer, 32 Jahre alt. Regensburg. (Scham. Rb.) Josef Mückel, Maurer, 47 J. Riesa. (Euerwald) Ernst Richter, Maurer, 70 Jahre alt. Schleiß. Wilhelm Bläse, Hilfsarbeiter, 60 Jahre alt. Fernz Bork, Maurer, 59 Jahre alt. Hermann Helmp, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt. Gustav Schmidt, Maurer, 59 Jahre alt. Treetenbüchen. Hermann Faustmann, Maurer, 58 J. Ehre ihrem Andenken!

Zugewerkschaft Gelsenau. Unsere Generalversammlung wird nicht am 21., sondern am 28. Februar im Arbeiterheim Gelsenau abgehalten.

Zugewerkschaft Schwerin i. M. Notalsgeheute Konze nicht mehr möglich werden.

Bücher u. Schriften

Handbuch und der Sozialismus. Von Otto Münch-Kopp. Dieb-Verlag, Berlin SW 68, Einbinderlage 8. Preis 20 P. — Eine durchgeführte Studie an der Stelle ermordete Sozialismus werdet wieder den Vorzeichen mit dem neuen marxistischen Werk, das behandelt in der vorliegenden Broschüre die Experimente der landwirtschaftlichen Kollektivierung und die Industrialisierung.

Hiltner gegen die Lebensinteressen Deutschlands. Von Friedrich Wendel. Der bestseltende Reiz gegen Franz Reich, Handbuch und die Handlungen. Dieb-Verlag, Preis 15 P. — In dieser Broschüre wird zu einem wichtigen Schlag gegen Hiltner ausgeholl.

Soziale Bewegung. Sozialnationaler vierteljährlicher 2. J. Monatsheft des D. O. B. G. Anführer 6. — In welcher literarischer Lage sich das Bauerwerk befindet, zeigen Anzeigen, die wir der Nr. 3 der Sozialen Bewegung entnehmen. Die Zahl der Kontakte und Briefwechselverfahren im Bauerwerk ist im Jahre 1931 auf 1028 gestiegen gegen 705 im Jahre 1930, 635 im Jahre 1929 und 503 im Jahre 1928. Der Reichsbauarbeiterverband hat im Laufe des Jahres 1931 gegenüber 1930 4,9 % und der Umfassungsalter gegen 1930 2,5 % zugenommen, gleich 50 %. In den letzten Reichsbauarbeiter werden im Jahre 1931 durchschnittlich 10 100 Arbeiter und Angestellte tätig gegenüber 15 554 im Jahre 1930. Der Reichsbauarbeiterverband betrug mithin 1945. Die Zahl der Reichsbauarbeiter betrug im Jahre 1931 21 781, 20 409 im Jahre 1930. — In einem Aufsatze wird darauf verwiesen, daß bei einem Reichsbauarbeiterstand von 20 Millionen und ein Reichsbauarbeiterstand von 20 bis 30 Millionen die in mindere Menge der Beamten, referieren in Anknüpfung den Wohnungsbau erheblich fördern und bei einem Anstieg von 9 % die 30 Millionen auch die Mittelschicht befähigen werden. Zu dieser Unternehmung der Bauwirtschaft hat, wie die Soziale Bauwirtschaft gleichfalls mittels der Sozialdemokratischen Reichsbauarbeiter einen entsprechenden Gehaltsverhältnis vorbereitet, der allseitige Unterstützung verdient. Der weitere Inhalt der Nummer betrifft ein Rundschreiben des Reichsbauarbeiterverbandes an die Arbeiter und Arbeiterinnen und Arbeiterinnen der fälligen Anwesenheitsbeiträge zum Bauarbeiterverband, den Baumt. — Die Broschüre ist nicht nur eine interessante Handlung über ein neues Zusammengehören der Arbeiterwelt, dem eine Widmung beigegeben ist.

Die Mittelklasse. Sinter dem von uns in Nr. 5 „Grundstein“ herbeigeführten Sozialisten Roman „Frontier 2. Die Eisenarbeiter Straße 31-37“, für den als Verfasser Ernst Erich Roth gekannt, vertritt sich der letztgenannte im „Gleichen“ Schillerenspiegel befragte benutzte auf dem Weg. Er hat sich von den verschiedenen Ansichten, die sich über seinen Roman unter einem Pseudonym geäußert haben, zu einem Festhalten für die Schriftstellerwelt aufgeschlossen. Er hat die Ereignisse in seiner weiteren Entwicklung, um die sich die Stadt Berlin und herangezogene Persönlichkeiten bemühen, nur nach seiner Leistung beurteilt werden müssen. Deshalb ist es seinen Roman unter einem Pseudonym erschienen. Der Roman fand in Zeitungen aller Richtungen eine sehr ernste und positive Bewertung.

LEST DAS BAUWERK

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutgefüllte, Sorten Ein Kilo: graue geschliffen, 2,30 Mk., halbwelbe 3. Mk., weiße 4. Mk., beste 5. Mk., 6. Mk., daunenweiche 7. u. 8. Mk., beste Sorte 10. u. 12. Mk., weisse geschliffene Rupfedern 1,50 u. 2.30 Mk., beste Sorte 9.50 Mk. Versand franco zollfrei, gegen Nachn. Muster frei Umtausch u. Rücknahme gestatt. Benedikt Sackel, Lobes Nr. 9, bei Pilsen. (Böhm.)

Mitteltäglichen Zahlern fällt der Beitrag leicht!

Für die Woche vom 7. bis 13. Februar ist der 7. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

Verlag: Deutscher Bauernverband (Wilhelm Bernhardt). — Verantwortl. Schriftleiter: Arthur Schmid. — Verantwortl. für den Anzeigenenteil: Paul Lange, Känst. in Berlin. — Druck: Buchdruckerei, Berlin SW 68